

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Februar 1997 Nummer 187
1D 12858 E / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Wer oder
was soll hier
getroffen
werden?

Seite 12-13

Märkte

2 x Milch

Nachdem sich Tuffi-Lieferanten zu einer Liefergemeinschaft zusammengeschlossen haben, werden sie auf einmal wieder ernst genommen auf den **Seiten 8 und 9**. Nicht immer ernst genommen fühlten sich die Pellwormer Bio-Milchbauern und beendeten ihre Zusammenarbeit mit der konventionellen Inselmeierei auf der **Seite 17**

Nestlé

Ein Nahrungsmittelkonzern erobert die Welt: mit Industrienahrung und Gentechnik. Werden und Wirken eines Konzerns, der sich schon mal mit dem Motto „Nestlé tötet Babies“ konfrontiert sah auf den **Seiten 14-16**

Bewegung

Landfrauen-Service

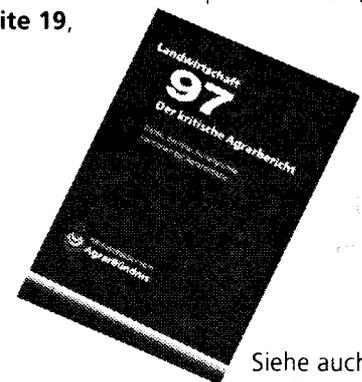
Landfrauen suchen Perspektiven im Dienstleistungsbereich, doch der Landfrauen-Service ist nicht für alle Frauen gleichermaßen geeignet. Eine gute Idee, aber keine Lösung für die existenzgefährdeten landwirtschaftlichen Betriebe auf **Seite 6**

Schweinehalter äußern Zweifel am ISW-Preis

Der gewichtigen Interessengemeinschaft der Schweinehalter Nord-Westdeutschland werfen Bauern vor, ihre Preise nicht nur vom Markt bestimmen zu lassen. Die Rede ist von „Luftschweinen“, die als Preisdrücker vorgegeben worden sein sollen auf der **Seite 11**

Weitere Themen

Kommentar „Erfolg“ **Seite 2**, 10 Jahre CPE **Seite 5**, Arbeit und Arbeitsplätze **Seite 3**, Milchkühe **Seite 19**,



Siehe auch Beilage
dieser Bauernstimme.

Der Rinderwahnsinn hat unsere Landwirtschaft in eine tiefe Krise gestürzt. Diese Krise kann und muß jetzt von uns genutzt werden. Der deutsche BSE-Fall bei einem Galloway-Rind hat die Sicherheitsversprechen der Bundesregierung ad absurdum geführt. Diejenigen, die glaubten, sie könnten sich raushalten, sind kalt erwischt worden. Die Angriffe von Vertretern des Bauernverbandes auf die extensive Rinderhaltung und das von ihnen lancierte Gerücht, nun sei BSE ausgerechnet auf einem Bio-Hof aufgetreten, haben bäuerliche und biologische Wirtschaftsweisen in der öffentlichen Diskussion bewußt ins

Zwielicht gebracht. Am Beispiel der BSE-Krise müssen wir deutlich machen, daß die Debatten zwischen biologischen und bäuerlichen Wirtschaftsweisen Scheingefechte sind.



Die Krise ist, wie das Bauernsterben, ein Produkt der agrarindustriellen Logik und der Entwertung von Lebensmitteln. Die Hersteller von Bio-Säuglingsnahrung haben bei fragwürdigen, nicht zertifizierten „Bio“-Boomern gekauft. Weil's da billiger war, ließen sie ihre bisherigen Partner, geprüfte Bio-Betriebe aus der Region, im Regen stehen. Seriöse Bio- oder Neuland-Betriebe, die nah am Kunden und fern von Fleischmehl im Wettbewerb stehen, hätten Tinte getrunken,

KOMMENTAR

ERFOLG

wenn sie die Gunst der Stunde jetzt nicht nutzten. Es ist geradezu ihre Pflicht, ihre Märkte weiterzuentwickeln. Wir müssen bei der AbL dazu übergehen, die Folgen der agrarindustriellen Produktion (Rinderwahn, Salmonellen, Hormone, Antibiotika, ...), die wir immer benannt, aber nicht gewollt haben, politisch und praktisch zu nutzen. Früher sagten uns die Bauern: „Ihr habt zwar recht, aber davon können wir nicht leben!“ Inzwischen ist offensichtlich, daß die Erzeugung gesunder Lebensmittel für regionale Binnen- und Bauernmärkte mehr bäuerliche Existenzen sichert als die agrarindustrielle Produktion für den Weltrohstoffmarkt.

Die agrarpolitische Richtungsänderung hat die öffentliche Sprache schon erreicht. Die Reden der Bauernverbandsvertreter und Agrarminister sind nun gespickt mit Nachhaltigkeit, Extensivierung und umweltgerechter Produktion. Ziel dieser Übung ist, die praktische politische Wende zu verhindern. Uns aber muß es gelingen, sie jetzt durchzusetzen. Nicht mehr als Agraropposition, sondern als Hoffnungsträger.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher geben unserer Wirtschaftsweise mehr Rückhalt und Unterstützung denn je. Die AbL hat jetzt die Chance, einen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung zu stabilisieren und für die Zukunft einer bäuerlichen-ökologischen Wirtschaftsweise zu nutzen. Richtige Begriffe in Borcherts Hochglanzbroschüren haben keinen Nährwert, Lebensmittel von unseren Höfen müssen auf die Ernährung und Speisepläne kommen.

Ohne die Umsetzung in die gesellschaftliche Praxis bleibt alles Schein. Wir reden nicht mehr von Prozenten, uns geht es um's Ganze. Wenn wir unsere Märkte zurückgewinnen, haben wir auch den politischen Einfluß. In dieser Auseinandersetzung müssen wir erfolgreich sein. Das sind wir uns, unseren Höfen, dem ländlichen Raum und den nächsten Generationen schuldig. Deshalb erwarte ich, daß alle in der AbL sich ins Zeug legen und diese Chance wahrnehmen.

Woher nehmen wir die Kraft? Nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg. Wir müssen ihn nur erkennen und auch benennen.

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf,
Bundesvorsitzender der AbL

Kritischer Agrarbericht 97

AgrarBündnis setzt Zeichen gegen Weltmarkt und Gentechnik

Es ist die Aufgabe des AgrarBündnis, die Diskussion über die Rolle der Landwirtschaft auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen und außerdem um die Aspekte zu bereichern, die in den offiziellen agrarpolitischen Verlautbarungen fehlen“, so Heinz Gengenbach vom AgrarBündnis bei der Vorstellung des Kritischen Agrarberichts 97 auf der Grünen Woche in Berlin.

Für Frieder Thomas, Redakteur dieses Berichts und Wissenschaftler an der Gesamthochschule Kassel, stellt der Kritische Agrarbericht 97 ein Ergebnis dieses breiten Diskussionsprozesses dar, was sich auch an der Bandbreite der darin behandelten Themen ablesen läßt (siehe dazu auch die Beilage dieser Bauernstimme).

Betriebliches Wachstum bei gleichzeitigem Arbeitsplatzabbau ist der negative Trend, der in der Landwirtschaft seit Jahren fort dauert und angesichts gleicher Tendenzen in den übrigen Wirtschaftsbereichen gestoppt werden muß. Für die verbleibenden Bauern und Bäuerinnen ist eine Arbeitsentlastung nicht spürbar. Die 70-Stunden-Woche bleibt für viele nicht Ausnahme sondern Regel. Hinzu kommt ein rapides Sinken der gesellschaftlichen Wertschätzung der Landwirtschaft, so daß selbst Betriebsleiter ökonomisch gut dastehender Betriebe das Handtuch werfen.



Gleichzeitig hat die Rationalisierung große ökologische Probleme hervorgerufen. Die Orientierung auf den Weltmarkt wird nach Ansicht des AgrarBündnis die Probleme ebensowenig lösen wie die Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft.

Neue Wege sind erforderlich: Dazu gehört für das AgrarBündnis zum Beispiel, daß Ausgleichszahlungen nicht pauschal an die Fläche gebunden werden, sondern sich an der geleisteten Arbeit orientieren. Als „ein hoffnungsvolles Zeichen, das Mut macht, regionale Kräfte erfolgreich zu stärken, statt sich einer Politik zu unterwerfen, der die Ideen zur Bewältigung realer Probleme ausgegangen sind“, bezeichnete Josef Jacobi, Bioland-Bauer und Aufsichtsratsvorsitzender der „Upländer Bauernmolkerei“ die Neugründung eben dieser Molkerei. Deutlich hob er die gute Zusammenarbeit von Bauern, Behörden, Umweltschutzorganisationen und der Öffentlichkeit hervor, durch die dieses Projekt erst ermöglicht wurde.

Insgesamt kann die ökologische und soziale Wende in der Landwirtschaft jedoch nur stattfinden, wenn gleichzeitig mit ihr eine ebensolche Wende in der Gesellschaft einhergeht. Hier bietet der Kritische Agrarbericht 97 zahlreiche Anregungen und viel Diskussionsstoff. pm

Heereman ohne Mandat

AgrarBündnis übt scharfe Kritik an Heeremans Position zur Gentechnik

Mit scharfer Kritik hat das AgrarBündnis auf die Äußerungen des Präsidenten des Dt. Bauernverbandes, Freiherr Heereman, reagiert, der anläßlich der Grünen Woche den verstärkten Einsatz der Gentechnologie in der Landwirtschaft befürwortet hat.

„Durch diese Risikotechnologie wird eine große Anzahl von Landwirten in Deutschland und auf der ganzen Welt verstärkt in die Abhängigkeit von internationalen Konzernen geraten“, sagte Brigitta Poppe, Sprecherin des AgrarBündnis. Die Gentechnik sei, entgegen der von offizieller Seite immer wieder zu hörenden Meinung, vollkommen ungeeignet, den Welthunger zu bekämpfen. Auch ein Verweis auf die vermeintlichen ökologischen Vorteile der Gentechnologie sei absolut unberechtigt. Die negativen ökologischen Folgen für die Landwirtschaft, die aus den nicht erforschten Wechselwir-

kungen gentechnisch manipulierter Pflanzen mit natürlichen Artverwandten entstehen, sind ebenso gewichtige Gründe gegen die Einführung dieser Technologie wie die damit verbundenen potentiellen Gesundheitsgefahren, so Brigitta Poppe. Eine Mehrzahl der deutschen VerbraucherInnen bekräftigen in unabhängigen Umfragen ihre ablehnende Haltung gegenüber gentechnologisch veränderten Lebensmitteln.

Auch die Mehrzahl der Bauern steht nach Aussagen von Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL, der Gentechnik ebenfalls skeptisch bis ablehnend gegenüber. „Daher ist es für uns sehr verwunderlich, daß Bauernpräsident von Heereman so vehement den Einsatz der Gentechnologie befürwortet. Ein Mandat für diese Aussage hat der Lobbyvertreter von seinen Landwirten sicherlich nicht“, so Janßen.

Die Menschen und nicht die Flächen fördern

Ein Beitrag zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen von AgrarBündnis und AbL

Es ist noch gar nicht lange her, da meldete die Bundesanstalt für Arbeit die Überschreitung der 4 Millionengrenze bei den Arbeitslosen. Und Kanzler Kohl verkündete prompt, er werde die Arbeitslosenzahl bis zum Jahr 2000 halbieren, obwohl das selbst regierungsfreundliche Wirtschaftsinstitute kaum für möglich halten. Statt einer Senkung der Zahlen ist es zwischenzeitlich regierungsamtlich: Auch in diesem Jahr werden wieder über 100.000 Arbeitslose hinzukommen. Und wieder die Beteuerungen: Jetzt muß alles für die Schaffung von Arbeitsplätzen getan werden. Einige reden gar von einer Neuauflage des Bündnisses für Arbeit.

Im Tagesgeschäft sieht das dann so aus: Die Zahl der voll- und teilbeschäftigten Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft einschließlich des Gartenbaus ist 1996 gegenüber dem Vorjahr weiter um 55.300 oder 3,9% auf rund 1,355 Mio. gesunken, schätzt das Bundeslandwirtschaftsministerium (BML). Dabei fiel der

ist bei anhaltendem Strukturwandel und technischen Fortschritten mit einer weiteren Verringerung der Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zu rechnen.

Das hilft zwar dem Kanzler nicht, kann aber auch nicht überraschen, denn das BML setzt auf Industrialisierung der Landwirtschaft. Die ist gekennzeichnet durch die Verwendung technischer Verfahren in der Produktion (z. B. computergesteuerte Legebatterien), eine Kapitalisierung der Produktion, was nichts anderes heißt als Ersatz von menschlicher und tierischer Arbeitskraft sowie von Boden, und den Übergang zu standardisierter Massenproduktion.

Sichtbar wird diese Entwicklung an einer zunehmenden Spezialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe, an der Ausbildung vertikal integrierter agrarindustrieller Unternehmen und einer regionalen Konzentration der Produktion – und an den entsprechenden ökologischen Folgen.

sterben, sondern auch kaum zu einer Arbeitsentlastung auf den Höfen. Die 70-Stunden-Woche sei für das Gros der Beschäftigten längst zur Regel geworden. Auch in der Landwirtschaft gebe es mittlerweile wie in der Industrie Wirtschaftswachstum auf der einen Seite (gesteigerte Produktivität/Produktion) bei gleichzeitigem Abbau von Beschäftigung auf der anderen.

Um diese Entwicklung zu stoppen, fordert das AgrarBündnis eine Orientierung an der wirklich geleisteten Arbeit auf den Höfen, die Höhe finanzieller Förderungen oder Zuschüsse an die Landwirtschaft soll nicht mehr nach der Flächenausstattung berechnet werden. Auch für die AbL gilt es mit Blick auf unterschiedlichsten Förderprogramme, „die Entlohnung der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und nicht die Fläche“.

Derartige Modelle dürften auch dem BML nicht unbekannt sein. Bis 1992 wurden in den neuen Bundesländern unter bestimmten Voraussetzungen Anpassungshilfen an landwirtschaftliche Betriebe gewährt (zeitlich degressiv), für deren Höhe als Bemessungsgrundlage der kalkulatorische Arbeitsbedarf je Betrieb herangezogen wurde, der auf der Basis der Bodennutzung und der Tierbestände anhand von Normzahlen ermittelt wurde. Jedem Betrieb wurde ein Grundbetrag und ein zusätzlicher Betrag gewährt. Ersterer lag bei mindestens 750 DM in einem Betrieb mit 300 Stunden Arbeitsbedarf und höchstens 5.000 DM in einem mit 2.000 Stunden. Der zusätzliche Betrag wurde auf 723 DM je 1.000 Stunden Arbeitsbedarf festgesetzt.

Mal angenommen, die Bodennutzung erfolgt umweltschonend oder biologisch, die Tierhaltung artgerecht, dann bekämen derart wirtschaftende Betriebe aufgrund ihres höheren Arbeitsbedarfs (z. B. infolge von Strohhaltung), der mit diesen Wirtschaftsweisen verbunden ist, auch einen höheren Förderbeitrag.

Der neue Bundesvorstand der AbL hat auf seiner konstituierenden Sitzung Anfang dieses Jahres die Diskussion um Arbeit und Arbeitsplätze zu einem seiner Schwerpunkte erklärt, eine Arbeitsgruppe eingerichtet und will im Frühjahr erste konkrete Vorstellungen auf den Tisch legen. st

Aufruf

Die Bauernstimme ruft alle Leserinnen und Leser der Bauernstimme auf, ihre Vorschläge zur Schaffung von Arbeitsplätzen in und/oder mit der Landwirtschaft an uns zu schicken. Wir werden sie gerne veröffentlichen, wobei gilt: In der Kürze liegt die Würze.

Die Tendenz

Nach Berechnungen des BML ist die Bodenleistung, die sogenannte Brutto-Bodenproduktion, in Deutschland im Wirtschaftsjahr 1995/96 gegenüber dem Vorjahr um 1,73 Mio. t Getreideeinheiten oder 1,7% auf 102,92 Mio. t gestiegen. Während sie im früheren Bundesgebiet leicht fiel, stieg sie in den ostdeutschen Ländern.

Das Fünftel

In Rheinland-Pfalz verfügt die 2,3 Prozent aller Betriebe zählende Gruppe mit mindestens 100 ha (das sind 965 Betriebe) über fast ein Fünftel der gesamten landwirtschaftlichen Fläche des Landes. Die durchschnittliche Betriebsgröße liegt mit 17 ha weit unter dem Bundesdurchschnitt von 29 ha in 1995.

Das Zitat

„Dies führt zu einem bemerkenswerten Trend, der allen anderen sozialen Veränderungen des Agrarsektors diametral entgegengerichtet ist, bislang aber in den Statistiken, Nachrichten und Diskussionen zum Strukturwandel in der Landwirtschaft nicht auftaucht: Der Frauenanteil an den landwirtschaftlichen Auszubildenden nimmt stetig zu“.

Mathilde Schmitt im Kritischen Agrarbericht 97
Wer mehr über diesen bemerkenswerten Trend wissen möchte, kann das ebenda nachlesen, vorausgesetzt man/frau kann.



Dieses Arbeitsbeschaffungsmodell – Stichwort: Spezialisierung auf Thekenträger – hat zu recht nicht überlebt. Die Berufsgenossenschaft monierte zu hohe Dauerbelastungen für Rücken und Arme sowie falsches Schuhwerk (keine Sicherheitsschuhe). Foto: FeBL

Rückgang um 50.000 auf 1,25 Mio. Beschäftigte im früheren Bundesgebiet laut BML besonders deutlich aus. Bezogen auf Arbeitskräfte (AK) pro 100 ha sank die Zahl für die westdeutsche Landwirtschaft auf 4,6 AK (gegenüber 6,0 in 1991), für die ostdeutsche auf 2,4 AK (5,6 in 1991). Und der Trend (wir denken, ganz im Sinne des Kanzlers, an die Halbierung der Arbeitslosenzahlen) aus dem BML: Für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre

Besteht also der Beitrag der Landwirtschaft zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen, ihr Beitrag zu DER „Zukunftsaufgabe unserer Gesellschaft“ wie schon im Zeitraum von 1985 bis 1995 erneut in einer „Freisetzung“ von über 500.000 Beschäftigten?

„Nein“ sagen dazu AgrarBündnis und AbL. Weitere Rationalisierung, so das AgrarBündnis auf der Grünen Woche in Berlin, führe nicht nur zu weiterem Höfe-

Bauernverband gehört nicht in „Hilfsfond Ost“

Die Ablösung des Dt. Bauernverbandes aus der Trägerschaft des „Hilfsfonds Ost“ hat der Landvolkverband Sachsen-Anhalt (LVB) gefordert. Der mit 6 Mio. DM aus der zu DDR-Zeiten existierenden Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe ausgestattete Hilfsfonds soll zur Klärung der Vermögensauseinandersetzungen mit den ehemaligen LPGen verwendet werden. Doch genau dafür setzt sich der Bauernverband nicht ein, so der LVB, der das an der Vergabepraxis des DBV festmacht. Von 51 über den LVB beantragten Fällen für Rechtsberatung wurden vom DBV in 1996 nur 21 bewilligt, von 4 beantragten Musterprozessen wird u.U. nur einer genehmigt. Der LVB fordert die Bundestagsabgeordneten auf, das Bundeslandwirtschaftsministerium anstelle des DBV in die Trägerschaft zu nehmen. Erst kürzlich hat der LVB eigene Rechercheergebnisse und interne Dokumente vorgelegt, wonach die Benachteiligungen ehem. LPG-Mitglieder bei Vermögensauseinandersetzungen „schlimmer als erwartet“ seien. Der LVB hat die Landes- und Bundesrechnungshöfe informiert, um die Rolle von Landes- und Bundesbehörden zu klären.

Global denken – lokal handeln

Das gemeinsame Ziel von Weltfriedensdienst (WFD) und ABL ist eine nachhaltige Landwirtschaft und eine diesem Ziel dienende Agrarpolitik. Dieses Ziel verfolgt auch das WFD/ABL-Inlandsprojekt, das jetzt das Faltblatt „Global denken – Lokal handeln; Land-Wirtschaft versus bäuerliche Agrarkultur“ herausgegeben hat. Anhand der Verflechtung von EU-Agrarpolitik mit Ländern in Afrika (Hollandzwiebeln für Senegal; Fleisch für Westafrika; Getreide für Zimbabwe etc.) wird die Notwendigkeit einer Änderung der herrschenden Agrarpolitik belegt. Das Faltblatt ist zu beziehen über: WFD/ABL-Inlandsprojekt, Winderatt, 24966 Sörup ☎ 04635/2745 Fax 04635/1299

X

- tausendmal quer

Unterstützt den Widerstand gegen die Castortransporte im Wendland und auch anderswo!

Mit Kühen vor Kaserne

Mit sechs Kühen trat der Jungbauer Bernd Wolters seinen Bundeswehrendienst im nordrhein-westfälischen Rheine an. Er protestierte dagegen, daß die Einberufung ihm und seiner behinderten Mutter die Erwerbsgrundlage raube. Seit sieben Jahren führt der 24jährige den elterlichen Betrieb mit 15 Kühen und 60 Schweinen allein. Aushilfskräfte stehen – entgegen der Aussage der Kreiswehersatzamts – nicht zur Verfügung.

Die Behörde begründet die Einberufung unter anderem damit, daß Wolters ja schließlich auch die Landwirtschaftsschule besucht habe. Nach Ablehnung seines Widerspruchs will Wolters jetzt rechtlich gegen die Einberufung vorgehen. en

Käfigverschrottung gefördert

Dänemark darf die Umstellung von der Käfighaltung auf alternative, tiergerechtere Haltungsformen für Legehennen durch einzelstaatliche Beihilfen unterstützen. Dafür hat die EU-Kommission jetzt ihre Genehmigung gegeben. Wer die Käfighaltung aufgibt oder auf Boden- oder Freilandhaltung umsteigt, bekommt eine Beihilfe von bis zu 35 Prozent der Umstellungskosten. en

Bahn-Elektrifizierung und Bauern-Überfahrten

Die Deutsche Bahn-AG will die Bahnstrecke Elmshorn-Glückstadt elektrifizieren, auf der täglich 100 Züge mit Spitzengeschwindigkeiten von 140 km/h fahren. Das Aufstellen der Strommasten sollte dieser Tage beginnen. Aber daraus wird vorerst nichts, weil man die verbrieften Überquerungsrechte der Bauern vergessen hatte. Die verlangen nun den Einbau von Lichtsignal-Anlagen, damit sie ungefährdet ihr Vieh über ihre privaten Bahnübergänge treiben und mit ihren Maschinen ihre Felder und Weiden erreichen können. Daß das nötig ist, zeigt ein Unfall im Jahre 1992, als ein Bauer von einer Lokomotive erfaßt und getötet wurde. Der Bahn ist der Aufwand zu teuer – die Bauern aber bleiben hart. Kommt es zu keiner Einigung, kann die Elektrifizierung erst nach einem langwierigen Planfeststellungsverfahren beginnen. -en

KURZES AM RANDE

Orientierungslose Neoklassiker mit Realitätsverlust

Die Internationale Grüne Woche in den Augen eines „Nestbeschmutzers“

Angesichts von Globalisierung und Osterweiterung haben nun auch die deutschen Agrarlobbyisten kalte Füße bekommen. Zu spüren war dies auf der diesjährigen Grünen Woche an der Spree. Die schönen Eröffnungsreden konnten noch ein wenig Glanz auf den scheidenden Bauernpräsidenten werfen. Mit seinem westfälischen Gemüt war er lange Zeit die Integrationsfigur der deutschen Agrarlobby. Sein Nachfolger wird hoffentlich mit der gleichen Integrationsfähigkeit ausgezeichnet sein, denn die anstehenden Probleme sind immens. Gräben öffnen sich fast unüberbrückbar zwischen Befürwortern und Bremsern der Osterweiterung. Der Konflikt zwischen den östlichen Landwirtschaftsunternehmen und den bäuerlichen Betrieben des Westens um Wettbewerbsvorteile auf einem globalen Markt ist eine weitere Sollbruchlinie, an der sich der Bauernverband in Zukunft spalten könnte.

Einen gewissen Vorgeschmack auf die kommenden harten Auseinandersetzungen böten die Diskussionen am Rande der einzelnen Veranstaltungen, die auch in diesem Jahr viele Praktiker und Funktionäre nach Berlin gelockt haben. Nicht nur die alles überragende BSE-Thematik ließ große Unsicherheiten aufkommen. Spürbar waren diese auch bei den Themen Milch und Gentechnologie.

Gute Marketingmaßnahmen für deutsches Rindfleisch und für den Einsatz der Gentechnologie konnten nämlich zwei Dinge in der Vergangenheit nicht bewirken: Einer kritischen Öffentlichkeit vertrauen in die landwirtschaftliche Produktion einzufloßen und den deutschen Landwirten eine wirklich tragfähige Al-

ternative für ihre unsichere finanzielle Zukunft zu garantieren.

Wirkliche tragfähige Alternativen jenseits abgegriffener Marketingsprüche wurden auch in diesem Jahr nicht geboten. Der Globalisierungsdampfer fährt und plättet alle, die ihm im Weg stehen. Dies erkennen die deutschen Landwirte. Und sie fühlen sich zu Recht von orientierungslosen Politikern verschaukelt.

Agrarkommissar Fischler zeigte noch Realitätsnähe, als er sagte, daß die Reformen innerhalb der Transformationsländer zwangsläufig Reformen auch in den EU-Ländern nach sich ziehen werden. Der Bundeslandwirtschaftsminister scheint dagegen immer noch zu glauben, daß der Prozeß der Osterweiterung nur auf Kosten der Beitretenden vollzogen wird. Die Erfahrungen mit der deutschen Einheit müßten ihn eigentlich eines Besseren belehren. Soviel Realitätsverlust löst dann zu recht großen Unmut unter den Betroffenen aus.

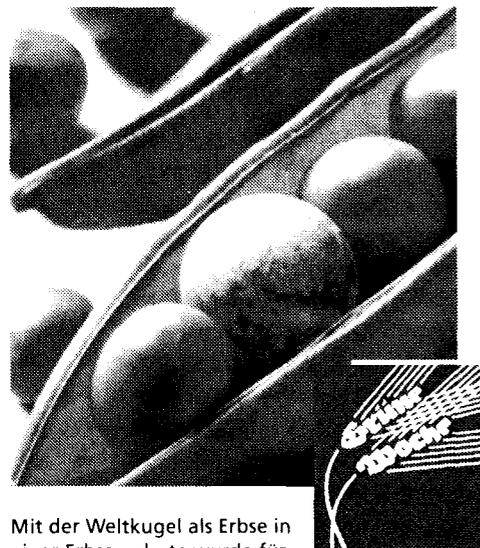
Der Weg, geebnet von gewählten Politikern und Funktionären, hin zu mehr Markt und damit zu mehr unternehmerischem Handeln weist riesige Schlaglöcher auf. Die Realität zeigt, daß der neoklassische Geist, der beschworen wird, unabsehbare Folgen für die deutsche Landwirtschaft hat. Diese Folgen müssen von verantwortungsvollen Politikern sichtbar gemacht und gemeistert werden. Diffuse Ängste müssen ernstgenommen werden und mit den Betroffenen gemeinsam anhand von konkreten Lösungsvorschlägen beseitigt werden.

Aber auch in diesem Jahr fabulieren auf der Landwirtschafts- und Ernährungsmesse unter dem Funkturm deutsche Agrarpolitiker und -funktionäre zu viel, ohne endlich Tacheles zu reden. Daß konkrete Alternativen zur herrschenden Agrarpolitik von den Offiziellen wie immer ins Reich der Utopisten und Nestbeschmutzer verdammt wurden, soll hier nur am Rande erwähnt werden.

Ein Trost bleibt jedoch wie in jedem Jahr: Die Internationale Grüne Woche findet am Anfang des Jahres statt. Elf arbeitsreiche Monate liegen noch vor uns. Vielleicht gelingt es im Laufe des Jahres, den Offiziellen, die am Hundertmeterlauf der orientierungslosen Neoklassiker teilnehmen, die Ziellinie durch überzeugende und wirklich erhellende Alternativen zu markieren. Dann wäre nicht nur den Nestbeschmutzern sondern der gesamten deutschen Landwirtschaft geholfen.

pepe, „Nestbeschmutzer“

Name der Redaktion bekannt



Mit der Weltkugel als Erbse in einer Erbsenschote wurde für die Grüne Woche geworben.

CPE: 10 Jahre auf europäischem Parkett

Regionale Vielfalt gegen europäischen Einheitsbrei

In der europäischen Bauernkoordination (CPE) wehren sich mittlerweile 15 Organisationen aus 12 europäischen Ländern gegen die zerstörerische EU-Agrarpolitik, gegen die Existenzbedrohung der Höfe, gegen die Arbeitsplatzvernichtung im ländlichen Raum, gegen die Umweltgefährdung, gegen die Anonymität der Massenproduktion und des Massenkonsums, gegen die Verschleuderung von Subventionsgeldern für Exporte zu den sogenannten Weltmärkten.

Was wurde erreicht? Hat die CPE durch ihre Arbeit der Politik des „Wachsens oder Weichens“ etwas entgegensetzen können?

Den äußeren Fakten nach nur wenig. Denn noch immer stellt alle 2 Minuten ein Hof seine Erzeugung ein, noch immer hält die Kommission an der agrarindustriellen Rationalisierungslogik fest, zerstört und entwertet bäuerliche Arbeit, noch immer läßt sie Intensitätssteigerungen bei Pflanzen und Tieren (Bio- und Gentech) zu, die ein zunehmendes Gesundheitsrisiko für Menschen bergen.

Noch immer werden durch importierte Billigfuttermittel und subventionierte Überschußexporte in Länder der 3. Welt, die bestehenden regionalen Märkte, der bäuerliche Anbau zerschlagen und die Grundlagen für Verelendung und Hunger weiter gefestigt.

Um dieser Agrarpolitik eine positive Entwicklung entgegenzusetzen, ist es Ziel der CPE, eine europäische, bäuerliche Bewegung zu koordinieren. Seit Dezember 1986 gibt es feste Strukturen, seit 1990 ein Büro in Brüssel mit mittlerweile 2 Koordinatoren und einem 3-4 köpfigen Vorstand, sowie regelmäßigen Ratsversammlungen und Arbeitskreisen zu aktuellen Themen. Durch diese Zusammenarbeit der Mitgliedsorganisation, die AbL ist eine davon, wurde ein besseres Kennenlernen der Länder und ihrer unterschiedlichen agrarpolitischen Ansätze entwickelt. Es wird nicht nur eine europäische Solidarität von Norwegen (NRS) bis Portugal (CNA), sondern auch eine internationale Solidarität der bäuerlichen Bewegungen mit der VIA CAMPESINA durch Paul Nicholson (von der baskischen Organisation EHNE und CPE-Vorstandsmitglied) aufgebaut. Die Bauern und Bäuerinnen der CPE haben das Bedürfnis nach Versöhnung, Verständigung und Austausch zwischen den Regionen. Sie wollen sich nicht durch die Profitinteressen der Industrie und des Handels aufreiben lassen bzw. als Konkurrenten gegeneinander arbeiten.

Landwirtschaft als Skandalträger, das ist nicht Sache der CPE. In Europa flächendeckend eine bäuerliche Landwirtschaft erhalten, gesunde Lebensmittelversorgung durch eine intakte Kulturlandschaft zu gewährleisten und den Zwang zur Industrialisierung und Konzentration zu nehmen, das ist Sache der CPE. Mit ihrem Ansatz einer nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft ist die CPE auf dem europäischen Parkett bei der Kommission, im Europaparlament oder bei den gesellschaftlichen Gruppen bekannt und anerkannt. Viele unserer Ziele fanden sich in dem MAC SHARRY Papier zur Agrarreform Anfang der 90er Jahre wieder und sind weiterhin Gegenstand der Diskussion in der Kommission. Die sozialen und ökologischen Ansätze können sich aber gegen den Druck der Agrarlobby (z. B. Europ. Vereinigung der Bauernverbände - COPA), der Industrie und des Handels nicht ohne weiteres durchsetzen. Durch die Diskussionen und Berichte der Mitgliedsorganisationen werden regionale Strukturen deutlich und aufgewertet, Direktvermarktung und kulturelle Identität dem europäischen Einheitsbrei entgegengesetzt. Hier ist das Arbeitsfeld der CPE: Widersprüche aufzeigen und Lösungen formulieren. Das politische Gewicht der CPE wird bei der notwendigen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik oder der Neuordnung des Milchmarktes deutlich werden; ob wir soviel Erfolg haben, wie bei der Verhinderung des BST-Einsatzes wird sich zeigen.

Ada Fischer,

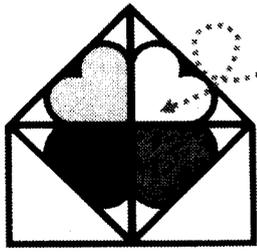
Bundesvorsitzende der AbL



Ada Fischer (unten rechts) war seit Gründung der CPE bis 1995 im CPE-Vorstand aktiv. In dieser Zeit hat es die CPE auch zu Anerkennung bis auf die höchsten Ebenen der EU-Kommission (Präsident und EU-Agrarkommissar) gebracht. Im Foto auch die beiden Koordinatoren der CPE: oben rechts Nico Verhagen, mitte rechts Gerard Choplin.



Aus: Much, Kraut und Rüben



Landfrauen-Service

Kontakt

Die Landfrauen-Service GmbH in den Landkreisen Diepholz und Nienburg in Niedersachsen hat ihre Geschäftsstelle im Landvolkhaus in Syke. Landfrauen-Service GmbH, Hauptstr. 38, 28857 Syke ☎ 04242/59524 Fax 04242/59523

Service auch in Westfalen

Bereits seit September 1995 läuft in Westfalen-Lippe das Modellprojekt „Landfrauenservice“. Das Projekt wird vom NRW-Landwirtschaftsministerium gefördert und durchgeführt vom Westfälisch-Lippischen Landfrauenverband und der Landwirtschaftskammer, die soweit erforderlich auch Qualifizierungsmaßnahmen anbietet (z. B. Kurse zu den Themen Gästeführerin in der Region, Haushaltsservice oder Kindertagesbetreuung auf dem Hof). Den Einsatz der Landfrauen vor Ort regeln in den jeweiligen Regionen eingerichtete sogenannte „Servicebüros“. Die Abrechnung (Kostenkalkulation etc.) wird von den Landfrauen selber vorgenommen bzw. der Stundenlohn selbstständig mit der Leistung nachfragenden Person ausgehandelt. Nähere Informationen bei: Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Postfach 5925, 48135 Münster ☎ 0251/5990

Landfrauen – Service: Eine Perspektive?

Zum Beispiel der Landfrauen-Service-GmbH in Syke: „... ein Gewinn für alle im ländlichen Raum“¹

Der Landfrauen Service ist ein Dienstleistungsunternehmen mit einem vielfältigen Angebot an hauswirtschaftlichen Leistungen für Familien, Einzelpersonen und Betriebe.

Die GmbH wurde gegründet von 12 Landfrauenvereinen aus den Landkreisen Diepholz und Nienburg in Niedersachsen. Mehr als 5.000 Mitfrauen der Vereine brachten mit 10 DM pro Person das notwendige Stammkapital von 50.000 DM in die GmbH ein.

Entstanden ist die Unternehmensidee aus den Protesten der Landfrauen infolge der Einkommensverluste durch die Schweinepest vor zwei Jahren. Die Bäuerinnen meldeten sich arbeitslos, um auf ihre schwierige Einkommenssituation hinzuweisen. Die Konfrontation mit dem außerlandwirtschaftlichen Arbeitsmarkt – mit der eigenen Qualifikation, den verfügbaren Arbeitszeitkapazitäten und dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt – führte zu Überlegungen, in der Region flexible Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich zu schaffen.

Dienstleistungen werden in den Bereichen Hauswirtschaft, Landtourismus und Direktvermarktung angeboten. Während in den Bereichen Landtourismus und Direktvermarktung die Ideen nur schwer umzusetzen sind, z. B. gesetzliche Bestimmungen die Bewirtung auf Bauerndielen verhindern, arbeitete die GmbH im hauswirtschaftlichen Bereich (Torten backen, Büfets und Blumenschmuck herstellen usw.) schon im ersten Jahr erfolgreich.

Heut hat die GmbH ca. 73 hauswirtschaftliche Mitarbeiterinnen, eine Geschäftsführerin und eine Verwaltungskraft. Der Aufbau der GmbH wird 2 Jahre mit Mitteln des niedersächsischen Frauenministeriums und dem Europäischen Sozialfonds gefördert. Wahrscheinlich zu kurz, um eine tragfähige Existenz aufzubauen.

Die Mitarbeiterinnen sind Hauswirtschaftlerinnen oder Meisterinnen der ländlichen Hauswirtschaft. Sie bieten mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten einen qualifizierten Service an, den sie mit 15 DM Stundenlohn netto – verglichen mit dem außerlandwirtschaftlichen Arbeitsmarkt – eher schlecht als recht bezahlen bekommen. Inklusiv der Büro-, Verwaltungs- und Versicherungskosten muß den Kundinnen und Kunden der Landfrauen Service-GmbH ein Stundenlohn von 25 DM berechnet werden.

Im Vergleich zur Gastronomie, den Floristikunternehmen, traditionellen Party-Service-Unternehmen, Cafés usw. sicher ein konkurrenzfähiger Stundenlohn. Andererseits läßt sich auf dem Arbeitsmarkt

für hauswirtschaftliche Tätigkeit kein angemessener Stundenlohn realisieren. Kfz-Meister berechnen heute 60 bis 80 DM Stundenlohn, Hauswirtschaftsmeisterinnen bekommen noch nicht einmal die Hälfte. Hier spiegelt sich nicht nur die gesellschaftliche Wertigkeit der Hauswirtschaft wider, sondern auch noch die geschlechtsspezifische Unterbezahlung von Tätigkeiten, die überwiegend von Frauen geleistet werden.

Und dennoch, die Landfrauen-Service-GmbH beabsichtigt, qualifizierte Frauen, die sich bewährt haben, gegebenenfalls sozialversicherungspflichtig anzustellen. Zur Zeit machen sich die Frauen, die mehr Aufträge abwickeln, d. h. die die 590 DM-Grenze monatlich überschreiten, selbstständig. In diesen Fällen müssen auch die erforderlichen Räumlichkeiten (extra Kü-

Ausgangspunkt für die Idee des Landfrauen-Service waren die Proteste der Bäuerinnen infolge der Einkommensverluste durch die Schweinepest vor zwei Jahren. Die Bäuerinnen meldeten sich wie hier beim Arbeitsamt in Syke arbeitslos, um auf ihre schwierige Einkommenssituation hinzuweisen. Foto: Husmann

che usw.) nachgewiesen werden. Bleibt die Frage offen, für welche Bäuerinnen bietet die Arbeit in der Landfrauen-Service-GmbH eine Perspektive?

Für Frauen, die mit ihren eigenen hauswirtschaftlichen Arbeiten ausgelastet sind oder keine hauswirtschaftlichen Dienstleistungen anbieten wollen, gibt es bisher nur wenig Möglichkeiten. Frauen, die nur unregelmäßig freie Arbeitskapazitäten zur Verfügung haben, bieten hier flexibel ihre Arbeitskraft an und erhöhen ihr Einkommen gegebenenfalls geringfügig. Vermarkten sie auf diesem Wege Produkte ihrer kreativen Arbeit (bisher Hobby) besser oder mit geringem Arbeitsaufwand, lohnt sich für sie die Zusammenarbeit.

Da die Aufträge aber am Bedarf der Kundinnen und Kunden ausgerichtet sind, kommt vielleicht die eine oder andere

Bäuerin auch unter Druck, ihr Angebot aufrecht halten zu können. Im Bestreben, trotz Zeitmangels das „Haushaltsgeld“ aufzubessern, kommt es dann zu Überlastungen. Die positive Flexibilität erweist sich spätestens dann als unkalkulierbares Zeitplanungsproblem.

Die Mitarbeit in der Landfrauen-Service-GmbH ist sicher interessant für Bäuerinnen, deren Arbeitskraft im landwirtschaftlichen Betrieb nur zeitlich begrenzt flexibel eingesetzt wird, deren Kinder



schon selbständig sind und die aufgrund ihrer Qualifikation und/oder ihres Alters nur geringe Chancen am Arbeitsmarkt haben.

Frauen, die sich eine ökonomisch tragfähige Existenz über ihre Arbeit aufbauen wollen, brauchen ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis oder gehen das Risiko ein, sich eine selbständige Existenz – unabhängig vom landwirtschaftlichen Betrieb – aufzubauen.

Der Landfrauen-Service, eine gute Idee, aber keine Lösung für die existenzgefährdeten landwirtschaftlichen Betriebe und die Familien auf den Höfen.

Ulrike Hellberg-Manke,
AbL-Landesverband Niedersachsen

¹) Zitat aus dem niedersächsischen Faltblatt „Landfrauen-Service ... kennen Sie uns schon?“

Nicht auf unserem Rücken!

„Nicht auf unserem Rücken“ lautet das Motto des Dt. Gewerkschaftsbundes zum diesjährigen Internationalen Frauentag am 8. März. In erster Linie erhoben mit Blick auf das Sparpaket der Bundesregierung ist in den Augen des DGB eine „Beschäftigungs Offensive“ für Frauen „dringend angesagt“, eine Offensive u. a. durch Frauenförderung in der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik. Eine ungenügende Anzahl von Kinderbetreuungsplätzen, ein geringes Angebot von qualifizierten Arbeitsplätzen, ein fehlendes Angebot an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, fehlende Beratungs- und Koordinationsstellen oder die ungünstige Verkehrsinfrastruktur stehen einer Verbesserung der Erwerbschancen von Frauen gerade im ländlichen Raum häufig entgegen.

Finden sie Arbeit, dann handelt es sich häufig um geringfügige und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse insbesondere im Handel (geschätzte knapp 500.000 Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland), in Privathaushalten (geschätzt zwischen 700.000 und 1,5 Mio.) und im Reinigungsgewerbe (hier geht die IG BAU von 360.000 Beschäftigungsverhältnissen aus). *st*

Gewässerschonende Landwirtschaft

„Die Nitratbelastung unserer Gewässer und unseres Trinkwassers ist zu hoch“, darin waren sich die TeilnehmerInnen des Landjugendforums von Katholischer Landjugend und Ev. Jugend im ländlichen Raum auf der Grünen Woche einig. Falsche Preise zwangen zu immer intensiverer Produktion und jetzt stehen die Bauern als Brunnenvergifter da. Die Wege zu einer gewässerschonenden Landwirtschaft sahen die Experten unterschiedlich.

„Mehr regionale Märkte, weniger Staat“ fordert F. W. Graefe zu Baringdorf, MdEP und Vorsitzender der AbL. Er plädiert dafür, den staatlichen Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte, Exportsubventionen und Rationalisierungsförderung abzuschaffen und regionale Märkte zu stützen. Außerdem sollten Erzeugnisse aus extensiver Landwirtschaft offensiv vermarktet werden. H. Pröbsting, Landwirt aus Westfalen-Lippe, kooperiert mit seinem heimischen Wasserwerk und konnte durch entsprechende Maßnahmen die Ausnutzung des Düngers durch die Pflanzen bereits erheblich verbessern und die Ausschwemmung von Nitrat in Gewässer entsprechend verringern. Er fordert verbindliche Umweltstandards für Landwirtschaft, Industrie und Gesellschaft. *pm*

Aktionär übt Gen-Kritik an KWS

Ralf Baufeld, „Kritischer Aktionär“ und im Göttinger Arbeitskreis gegen Gentechnologie aktiv, hat als Kleinaktionär der Kleinwanzlebener Saatzucht AG (KWS) Anträge an die diesjährige Hauptversammlung gestellt, Vorstand und Aufsichtsrat nicht zu entlasten.

Grund: Der Marsch der KWS in Richtung Gentechnik wirke sich negativ auf die Unternehmensentwicklung aus, da die Gentechnologie von Mißerfolgen gekennzeichnet sei (gegen Insekten resistent manipulierte Baumwolle wurde trotzdem von diesen gefressen; Raps gibt seine Resistenz an verwandte Unkräuter weiter etc.).

Er verwies auch auf die mangelnde Akzeptanz und das Risikobewußtsein der VerbraucherInnen gegenüber der Gentechnik.

Der KWS-Vorstand wies diese Aussagen zurück. Sein Tenor: Die Gentechnik ist ein wichtiges Instrument der modernen Pflanzenzüchtung, ihr Einsatz biete ökologische Vorteile und es geschehe nichts, was nicht auch so in der Natur geschehen könne. Einziges „Angebot“: Die KWS will gentechnisch verändertes Saatgut auf ihren Packungen freiwillig kennzeichnen. *st*

Gennahrung ohne Kennzeichnung

Auch in Zukunft könnten, wie bereits zur Zeit üblich, Genmais von Ciba-Geigy und Gensoja von Monsanto in Tausenden von Lebensmitteln verarbeitet werden, die vollkommen legal ohne Kennzeichnung in den Regalen der Supermärkte landen. Dazu müßte noch nicht einmal die viele Ausnahmen zulassende Novel-Food-Verordnung bemüht werden. Beide Gempflanzen sind bereits zugelassen und fallen damit juristisch nicht unter die neue Verordnung. So wie es aussieht, wird der Ministerrat diese Ausnahmeregelung aufrecht erhalten

Natürliches, nicht Genetisches

Ein Spruchband mit der Aufschrift „De L'authentique, pas du génétique“ (Natürliches, nicht Genetisches) entfalteten Mitglieder der Umweltschutzorganisation Greenpeace am 28. Januar vor der Zentrale des Nahrungsmittelkonzerns Danone in Paris. Unilever in Brüssel wollten Greenpeace-Aktivistinnen 5 Tonnen Soja in den Eingang kippen. Mit den Aktionen protestiert Greenpeace gegen die Verwendung von gentechnisch veränderten Erzeugnissen in den Lebensmitteln der beiden Konzerne. Auch in Frankfurt protestierten Umweltschützer vor der Zentrale von Nestlé Deutschland mit einem Einkaufswagen voller Nestlé-Produkte gegen die Konzernpolitik. Nestlé Deutschland hatte zunächst einen Verzicht auf die Verwendung von genmanipulierten Sojabohnen verkündet, später diesen Schritt jedoch bedauert und sich deutlich für das weitere Vorantreiben und den Einsatz der Gentechnik ausgesprochen.



Noch Hoffnung für die Landjugendakademie

EKD antwortet auf offenen Brief der AbL-Mitgliederversammlung

Der Beschluß des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die Landjugendakademie in Altenkirchen aufzulösen, muß nicht das letzte Wort sein. So zumindest kann man das Schreiben interpretieren, welches die EKD der AbL auf ihren offenen Brief hin, die Akademie nicht zu schließen und den Beschluß rückgängig zu machen (siehe letzte Bauernstimme), hat zukommen lassen. „Die Finanzsituation der Kirchen hat sich leider nicht gebessert, eher verschlechtert. In solchen schwierigen Zeiten ist es nicht einfach, einen einschränkenden Beschluß aufzuheben“, schreibt die EKD, die „leider keine bessere Mitteilung machen“ kann. „Aber“, so hofft zumindest Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL, „auch wenn es nicht einfach ist, vielleicht gibt es doch noch einen aufhebenden Beschluß.“

Darauf setzt auch Bernward Geier von ifoam, der sich mit nachfolgendem Schreiben ebenfalls an die EKD gewendet hat.

„Ich will es ja nicht glauben, aber ich muß wohl der Veröffentlichung in der letzten Bauernstimme zugute halten, daß sie keine Falschmeldung verbreitet. Es kommt einem ja schon fast wie Satire vor, wenn man auf Seite 5 der Bauernstimme über den Beschluß, die Akademie in Altenkirchen aufzulösen, Kenntnis nehmen muß und direkt daneben ein Bericht in der Überschrift schon verkündet, daß die EKD sich für die bäuerliche Landwirtschaft einsetzt. So lobenswert die klare und eindeutige Position der EKD ist, so deutlich müßte auch sein, daß solch ein Engagement auch Konsequenzen mit sich bringen sollte.“

Konsequente und engagierte Arbeit

Konsequent und engagiert für die Sache der bäuerlichen Landwirtschaft, der Ökologie und der Entwicklung ethischer Werte in diesem Zusammenhang hat die Akademie in Altenkirchen sich immer eingesetzt. Ich glaube, es ist jetzt seit 14 Jahren,

daß ich im Schnitt mindestens einmal im Jahr als Referent an einer der zahlreichen und erfolgreichen Tagungen teilgenommen habe. In meiner beruflichen Tätigkeit bin ich oft als Referent Gast in den verschiedensten Bildungseinrichtungen und Akademien unseres Landes. Keine hat sich vergleichbar für die oben erwähnten Zusammenhänge engagiert und unzähligen Menschen Orientierung und Zuversicht mit auf den Weg gegeben. Die Konsequenz zeigte sich auch in der Pionierleistung der Umstellung der Verpflegung auf ökologische Vollwertkost.

Ich kann mich der Auffassung aus der Bauernstimme nur anschließen: „Die evangelische Landjugendakademie muß bleiben!“ und hoffe, daß der Rat der EKD diesen Beschluß noch einmal überdenken bzw. revidieren kann.“

Bernward Geier,
Geschäftsführender Direktor
der Internationalen Vereinigung
biologischer Landbau-Bewegungen
- ifoam, Tholey-Theley den 10.01.97

Milchtagung Hardehausen '97

Am 3. März 1997, 9.00 – 17.00 Uhr, in der Heimvolkshochschule Hardehausen (bei Warburg, Ostwestfalen).

Die Milchtagung '97 von ABL, KLJB und AG Ländliche Entwicklung Gh-Kassel hat wie immer zwei Schwerpunkte: Debatte milchpolitischer Themen **und** Beispiele konkreter Handlungsmöglichkeiten für den einzelnen Hof.

In Form einer Podiumsdiskussion sollen Einschätzungen vorgetragen und erörtert werden zu den Bereichen Lieferrechte und Milchquoten, Veränderungen am Milchmarkt, bäuerliche Antworten auf die Molkereileiten sowie Stand der Strategieüberlegungen in der EU.

Im zweiten Schwerpunkt werden wichtige (wenn auch ungewöhnliche) Beispiele vorgestellt die zeigen, welche Wege Bauernhöfe mit dem Schwerpunkt Milchviehhaltung mit Erfolg eingeschlagen haben. Der Betrieb Grimmelmann liefert seine (Vorzugs-)Milch seit mehreren Jahren direkt Verbrauchern frei Haus. Dabei mußte sowohl die Milcherzeugung als auch die Verpackung (Flaschen) gezielt auf die Verbraucher ausgerichtet werden. Herr Kramer ist einer der ganz wenigen Züchter, die an den Schwarzbunten ohne HF festgehalten haben. Die Leistungsfähigkeit und Robustheit der von ihm gezüchteten Tiere hat dazu geführt, daß es wieder ein (langsam) steigendes Interesse für diese Zuchttrichtung gibt. Angesichts des starken politischen Drucks, gentechnisch veränderte Futtermittel einzusetzen, ist es von entscheidender Bedeutung, über die Fütterung von Milchkühen ohne Gen-Soja und ohne Gen-Mais nachzudenken. Dr. Krutzinna wird die Vorzüge und Nachteile einzelner Rationsgestaltungen vorstellen. *Genaues Programm siehe Seite 22 dieser Bauernstimme.*

Omira übernimmt Albmilch

Die Oberland-Milchverwertung GmbH (Omira), Ravensburg beteiligt sich *mehrheitlich an der Bodensee-Albmilch GmbH, Rottweil und erhöht dabei das Stammkapital der Albmilch von 3 auf 8 Millionen.* Die Sanierung der vergangenen Jahre habe doch „sehr stark an der Substanz gezehrt“, heißt es zur Begründung. Ende 1993 war das Albmilch-Stammkapital von 20 Mio auf 3 Mio DM herabgesetzt worden, die Mitglieder mußten drei Monate lang 8 Pfennig je kg vom Milchgeld aufwenden, um die Verluste zu decken. Der Verbund Omira/Albmilch will mit 600 Mio kg Milch in die „Top Ten“ der Branche aufsteigen. en

Milch-Giganten

Die Lebensmittelzeitung hat jüngst die größten Milchverarbeiter der Welt aufgelistet (in Klammern: Umsatz 1995 in Mio DM):

- | | |
|--------------------------------------|--------------------------------------|
| 1. Nestle, CH (18,5); | 10. Morinaga, J (4,5) |
| 2. Danone, F (7,6); | 11. Friesland Dairy Foods, NL (3,8) |
| 3. Besnier, F (7,2); | 12. Assoc. Milk Producers, USA (3,6) |
| 4. Campina Melkunie, NL (5,8); | 13. C.L.E., F (3,4) |
| 5. Snow Brand, J (5,8); | 14. MD Foods, DK (3,1) |
| 6. Mid American Dairyman, USA (5,3); | 15. Parmalat, I (2,9) |
| 7. Sodiaal, F (4,9); 1 | 16. Coberco, NL (2,9) |
| 8. Meiji, J (4,8); | 17. Bongrain, F (2,8) |
| 9. Kraft, USA (4,7); | 18. Valio Group, Fin (2,6). |

Daß Größe allein noch nichts mit Erfolg, geschweige denn mit vernünftigen Milch-Erzeugerpreisen zu tun hat, belegen viele Beispiele aus dem Inland und auch aus obiger Liste. en

ZMP-Bilanz Milch 1996

Wer wissen will, wieviel Milch im letzten Jahr von wievielen Betrieben mit wievielen Kühen und zu welchen Preisen an wieviele Molkereien welcher Größe abgeliefert wurde und zu welchen Produkten die Milch verarbeitet wurde, dem bietet die Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) mit ihrer Milch-Bilanz 1996 ein umfangreiches Zahlenwerk. Hier und da wird auch versucht, in anscheinend vom Seitenmaß bedingten Kürze auf Ursachen und sich abzeichnenden Trends einzugehen, wobei die Einschätzungen und Bewertungen, die doch im Grunde spannend wären, kläglich dünn sind.

Die Grund für sinkende Preise wird – wenn überhaupt – allein in der Politik der EU-Kommission gesucht.

ZMP-Bilanz Milch 1996, 201 Seiten, 63,- DM.

KURZES AM RANDE

KOMMENTAR

Erzeugerzusammenschluß richtige Antwort

Wenn vom Verkaufserlös der Molkereien die Gebäude, Maschinen, Löhne, Verpackungskosten usw. abgezogen sind, bleibt der Milchpreis für die Erzeuger. Wir erhalten, was übrigbleibt. Dieser Rest ist erschreckend klein. Ursache ist unter anderem der Preiskampf der Molkereien beim Verkauf. Mit immer niedrigeren Angeboten an die mächtigen, weitgehend monopolisierten Handelskonzerne sinkt der Erzeugerpreis. Die Genossenschaftsmolkereien geben beim Verramschen der Milchprodukte oft genug den Billigpreis vor. Die Mitglieder zahlen die Zeche. Der einzelne Milchbauer steht dem Treiben ratlos gegenüber, denn private wie Genossenschaftsmolkereien haben eines gemeinsam: Ihre Bauern sind ihnen weitgehend sicher. So hart und ohne regionale Grenzen sie heute um die Abnehmer kämpfen, die Milcheinzugsgebiete der jeweiligen Molkerei gelten allgemein als geschützt. Allenfalls an den Grenzen zur Nachbarmolkerei gelingt der Wechsel zur besser auszahlenden. Gerade die genossenschaftlichen Verarbeiter wahren hier solidarisch die ehemals fest ge-

regelten Erfassungsgebiete, die traditionell noch im Reichsnährstand fußen. Wer hat schon ein Interesse daran, daß die Bauern flexibel die Verarbeiter wechseln!

Gegen diese Machtlosigkeit und erzwungene Erduldung jedes Niedrig-Milchpreises sind Erzeugerzusammenschlüsse und Liefergemeinschaften die richtige Antwort. Sie können die Interessenvertretung der Bäuerinnen und Bauern gegenüber den Molkereien übernehmen. Eine Aufgabe, die der Bauernverband nicht anpackt, ja entschieden meidet.

Liefergemeinschaften schaffen die Beweglichkeit der Erzeuger und können dazu führen, daß die Molkereien um unsere Milch, ihren Rohstoff, mit guten Auszahlungspreisen kämpfen müssen. Dann endlich hat das Verramschen der Milchprodukte seine Grenze.

*Karl-Friedrich Osenberg,
Milchbauer im Sauerland,
Vorstandsmitglied der ABL*



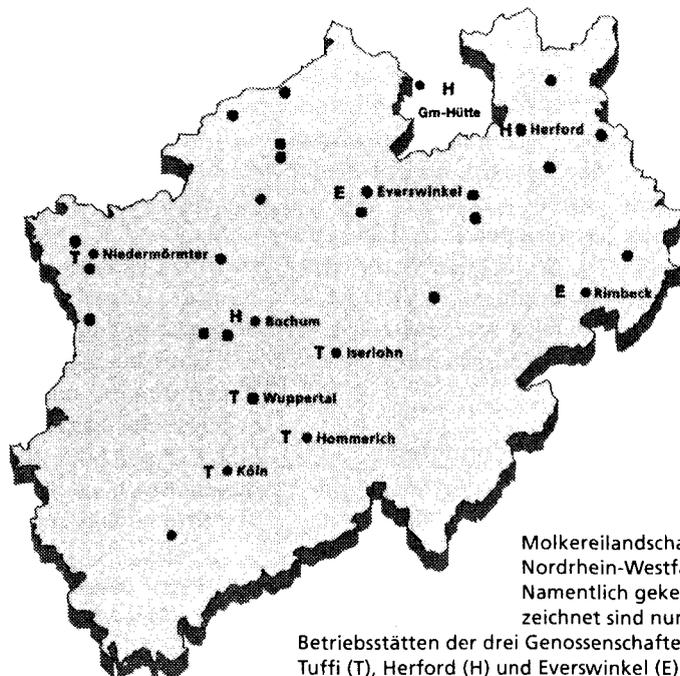
Molkerei-Kooperation in NRW

Tuffi, Herford und Everswinkel arbeiten an enger Zusammenarbeit

Die drei größten Molkerei-Genossenschaften in Nordrhein-Westfalen, die Milchwerke Köln/Wuppertal (Tuffi), die Milchwerke Westfalen in Herford (West-

milch, Ravensberger, Humana) und die Westmilch Milchunion in Everswinkel (Westmilch) prüfen zur Zeit Möglichkeiten der Kooperation. Dazu haben die Vorstände Anfang des Jahres gemeinsame Arbeitsgruppen gebildet, nachdem kurz vor der Jahreswende ein gemeinsam in Auftrag gegebenes Gutachten ergeben hatte, „daß durch eine Zusammenarbeit in der Produktion erhebliche Verbesserungen der Kosten- und Leistungsstrukturen erzielbar“ seien.

Angaben der Herforder Genossenschaft zufolge untersuchen die Arbeitsgruppen, welche Einsparpotentiale es in drei Bereichen gibt: 1.) Milcherfassung in Grenzlagen der Einzugsgebiete, 2.) gemeinsamer Einkauf und 3.) Produktionsteilung (Bündelung bestimmter Produktionsschienen). Zum Zeitplan bemerkte der Herforder Pressesprecher Kaiser: „Das wird ein Projekt bis etwa zum Jahr 2000 sein.“ Die drei Unternehmen kommen zusammen auf einen Jahresumsatz von ca. 3,5 Mrd. DM bei einer Milchverarbeitung von ca. 3,1 Mrd. kg Milch. uj



Molkereilandschaft Nordrhein-Westfalen. Namentlich gekennzeichnet sind nur die Betriebsstätten der drei Genossenschaften Tuffi (T), Herford (H) und Everswinkel (E).

Als Interessengemeinschaft zurück zum Einfluß

175 Milcherzeuger der Tuffi-Genossenschaft haben gemeinsam ihre Mitgliedschaft gekündigt, um als Liefergemeinschaft wieder mehr Einfluß zu gewinnen

Bauernstimme: Herr Schreiber, Sie haben Ihre Mitgliedschaft bei Tuffi gekündigt und sich mit Kollegen zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen. Halten Sie nichts mehr von dem Genossenschaftsprinzip?

Horst Schreiber: Ich halte eigentlich sehr viel von dem Genossenschaftsgedanken, nur wenn eine Genossenschaft sehr groß wird, so wie Tuffi, dann schwindet der Einfluß der einzelnen Genossen doch arg. Und wir sind bei Tuffi sehr schnell gewachsen. Wir haben in den letzten Jahren ja unwahrscheinlich viele andere übernommen. Da kennt der eine den anderen nicht mehr. Es kann einfach nicht so weitergehen, daß wir immer größer werden bei den Genossenschaften, und der Einfluß des einzelnen Mitgliedes geht immer mehr zurück. Daher wollen wir unsere Interessengemeinschaft in eine Liefer- oder Erzeugergemeinschaft umwandeln.

Heißt das, Sie kapitulieren vor den Entscheidungsstrukturen in Ihrer Genossenschaft?

Sehen Sie, bei Tuffi oder bei vielen größeren Läden ist es ja heute so, daß die Geschäftsführung nicht sehr weit oder überhaupt nicht mehr genossenschaftlich denkt. Man hat bei vielen größeren Läden den Eindruck, daß die Leute, die im Verkauf tätig sind oder in der Geschäftsführung, versuchen, den Rohstoff Milch so billig wie möglich einzukaufen, um auf dem Markt mithalten zu können.

Aber Ihre Geschäftsführung hat die Milchpreise doch sogar um mehrere Pfennige aus den Rücklagen gestützt.

Der Milchpreis ist ein ganzen Jahr aus den in der Vergangenheit gebildeten Rücklagen gestützt worden, was erst so langsam aufgedeckt worden ist. Wir waren ja im Glauben, es läuft alles bestens. Erst als es so langsam durchsickerte, wurde uns klar, daß auf diese Weise Vertrauen erkaufte worden ist. In so einem großen Laden hat man eben überhaupt keinen Einblick mehr.

Geblichen sind uns als Genossen aber die Pflichten. Unsere Betriebe sind alle gewachsen, so daß wir eine sehr hohe Geschäftsanteilsquote in dem Unternehmen haben. Diese Geschäftsanteile sind im Laufe der Zeit aufgebaut worden, die hat

man nicht selber auf dem Konto. Wenn das den Bach runtergeht, wenn die Genossenschaft pleitemacht, ist das zu ertragen. Was aber aus der Substanz der Betriebe rausgeht, ist die Haftsumme, die dann nochmal das Anderthalbfache der jeweiligen Geschäftsanteile der Bauern am Unternehmen ausmacht. Und das ist sehr viel Geld, da gehen viele dann richtig baden, nicht nur die Molkerei, sondern auch die Betriebe.

Also ein steigendes Risiko bei sinkendem Einfluß – was setzen Sie dagegen?

Gemeinsam haben wir vorsorglich im alten Jahr gekündigt. Zusammen bringen wir es auf etwa 50 Mio. kg Milch. Wir haben Gespräche geführt mit anderen Molkereien, wie z.B. mit der größten europäischen Molkerei, dem Besnier, der an der belgischen Molkerei in Walhorn zu 51 % beteiligt ist. Die haben wir hier im Gebiet gehabt, sie haben sich hier vorgestellt und einen sehr guten Eindruck hinterlassen. Aber auch bei einigen anderen Molkereien sind wir auf Interesse gestoßen. Auch mit Tuffi werden wir weiter verhandeln.

Was sind Ihre wichtigsten Ziele in den Gesprächen?

Zum einen wollen wir als Liefergemeinschaft erreichen, daß wir von den Geschäftsanteilen und der Haftsumme wegkommen, auch wenn wir vielleicht etwas weniger ausbezahlt bekommen. Vor allem die Haftsumme muß weg.

Das zweite Ziel ist, wieder stärker mitbestimmen zu können. Indem wir als Gemeinschaft immer

nur befristete Verträge abschließen mit den Unternehmen, können wir immer wieder neu verhandeln. Dann hätten wir wieder die Chance zu sagen, das paßt uns nicht, und dieses muß geändert werden. Der einzelne hätte wieder etwas mehr Macht.

Gibt es Anzeichen, daß das funktionieren könnte?

Ob das so funktionieren wird, wissen wir noch nicht. Nur, wir denken, die Form der Genossenschaft ist über 100 Jahre alt – da fragen wir uns, ob die Strukturen noch zeitgemäß sind. Wir sind am Anfang, aber wir sagen, so kann es nicht weitergehen, wir müssen neue Wege finden. Der Raiffeisen und der Schluz-Dehnbach haben

das sicher auch nicht so aus dem Ärmel geschüttelt. Wir sind jetzt am Wendepunkt.

Aber bei so einem Privaten hat man doch noch weniger Einfluß.

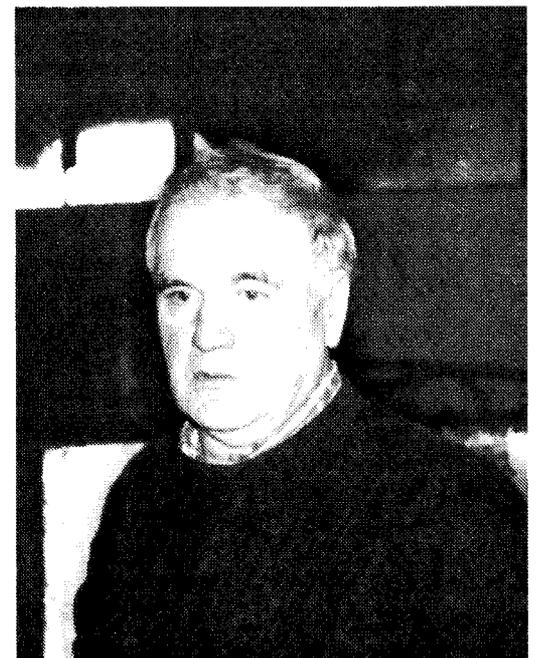
Im laufenden Geschäft überhaupt nicht, das ist klar, nur insofern, wie man die Verträge macht. Also uns ist angeboten worden, wir brauchen uns nur für ein Jahr zu verpflichten, mit einer halbjährigen Kündigung, und können dann wieder gehen. Das ist überschaubar. Und wenn man dann eine Liefergemeinschaft hat, ist man beim Privaten auch wieder stark, als einzelner nicht, den drückt er an die Wand. Aber 50 Millionen kg sind schon eine Größenordnung, wo sie sagen können: Freund, das paßt uns nicht mehr. Sie sind dann auch ein Ansprechpartner für andere Molkereien.

Wie war die Haltung der genossenschaftlichen Molkereien, mit denen Sie gesprochen haben?

Einige Molkereien haben uns ganz knallhart vor den Kopf gesagt: Als Einzelleute könnt ihr kommen, aber als Liefergemeinschaft seid ihr uns zu stark. Da haben wir gemerkt, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

Was für Betriebe haben sich in Ihrer Liefergemeinschaft zusammengefunden?

Die Betriebsgröße reicht von 20 bis 200 Kühen, die durchschnittliche Kuhzahl liegt bei etwa 48. Wir haben auch deutlich gemerkt, daß da, wo junge Leute den Hof machen, die Bereitschaft mitzumachen sehr hoch war, und da, wo ältere Betriebsleiter sind und der Betrieb sowieso irgendwann ausläuft, wurde uns gesagt: Macht ihr mal und laßt uns außen vor. Da ist einfach die Bereitschaft nicht mehr so da, weil es da oft überschaubar ist: In fünf oder sechs Jahren hören sie doch sowieso auf. Da ist es ihnen fast egal, ob sie in den letzten Jahren noch einen schlechteren Milchpreis bekommen; sie wollen nur einfach nicht noch was neues anfangen.



Milcherzeuger Horst Schreiber aus Hückeswagen bewirtschaftet zusammen den Milchviehbetrieb mit seinem Sohn Markus. Die 90 ha Grünland und etwa 10 ha Ackerland bilden die Futtergrundlage für die 90-Kuh-Herde.

Die Liefergemeinschaft

Die 175 Betriebe der Liefergemeinschaft liegen im Bergischen Land, in den Gebieten um Wuppertal, Remscheid, Solingen, Wermelskirchen, Hückeswagen und Wipperfurth. Insider sprechen vom „Grenzgebiet“ zwischen dem südlichen Westfalen und dem Rheinland, wobei sich die Bauern hier noch eher als Westfalen denn als Rheinländer verstehen.

EU-Fleisch-Dumping

Seit 1992 sind die Fleischexporte der EU ins südliche Afrika drastisch angestiegen. Das liegt sowohl an den Überschußmengen infolge der BSE-Krise als auch an den besonders lukrativen Erstattungsprämien der EU für Exporte nach Südafrika. Die Rinderzüchter in Südafrika und Namibia schlagen jetzt Alarm. Denn das mit 3250 DM je Tonne subventionierte EU-Rindfleisch drückt die lokalen Erzeugerpreise schon um mehr als 20 Prozent. Den Wunsch Südafrikas, nicht mehr als subventioniertes Exportland klassifiziert zu werden, schlug die EU-Kommission ab. So entsteht durch das Rindfleischdumping für die Landwirtschaft Südafrikas jährlich ein Schaden von 200 Millionen DM – das ist genausoviel wie die Entwicklungshilfe der EU für die Kap-Republik. Noch offenkundiger sind die Folgen im Fall des jungen Staates Namibia, wo die EU-Entwicklungshilfe die Kleinbauern bei der Vermarktung ihrer Rinder unterstützt – die Billigimporte führten jetzt zu einem Einbruch der Schlachtungen um 35 Prozent ... en

Bußgeld wegen Schnabelstutzen

Mehrere zehntausend Mark Bußgeld muß ein Geflügelhalter aus dem Odenwaldkreis zahlen, weil er Küken mit beschnittenen Schnäbeln hielt. Wie das Veterinäramt mitteilt, wurde bei einer Routineuntersuchung festgestellt, daß bei einwöchigen Küken die Schnabelspitzen bis ins Fleisch abgetrennt waren. Bei manchen Tieren waren die Schnäbel von Wundwasser so verklebt, daß sie nicht mehr fressen konnten. en

Ivermectin-Einsatz bei Lachshaltung

Lachse aus England, die von Mästern in großen Netzkäfigen gehalten werden, können nach einem Bericht der Wochenzeitung Die Zeit mit dem Nervenmittel Ivermectin behandelt worden sein. Gegen den Befehl der Schuppen durch Seeläuse werden immer seltener Tauchbäder in Wasserstoffsuperoxid angewandt, sondern stattdessen das billigere Ivermectin, das sonst gegen Parasiten bei Rindern, Schafen und Pferden eingesetzt wird. In Fischfutter vermengtes Ivermectin hat für diese Verwendung keine Lizenz, das Mittel breitet sich unkontrolliert aus und konzentriert sich unter anderem in Miesmuscheln. Auch in zehn Prozent der englischen Lachse fand das britische Veterinäramt Ivermectin-Spuren. en

Turbohormon bei Lachsen

In der Lachszucht darf künftig das Turbohormon Somatotropin eingesetzt werden, das zur gleichen Stoffgruppe wie das umstrittene Rinderwachstumshormon BST gehört. Von 15 Mitgliedsstaaten stimmten acht für den Einsatz, dagegen votierten die Minister aus Griechenland, Spanien, Italien, den Niederlanden, Luxemburg, Schweden und Deutschland. en

Wachstum bei Tierarzneimitteln

Bei einem Wachstum von über 8 Prozent erreichte der deutsche Gesamtmarkt für Tierarzneimittel in 1995 die Summe von 750 Millionen DM, dieser Umsatz verteilt sich auf Landwirtschaft und Haustierhaltung. 30 Prozent entfielen auf Antibiotika, 25 Prozent auf Seren/Impfstoffe/Diagnostika und 19 Prozent auf Mittel gegen Parasiten. Nicht erfaßt ist hierbei der Schwarzmarkt mit Tierarzneimitteln. en

„Kuhhandel“ bei Arzneimittel-Verstößen?

Seit viereinhalb Jahren ermittelt die Staatsanwaltschaft Oldenburg nun schon gegen den Tierarzt Dr. Kiene aus Mühlen wegen des Verdachts, in rund 16.000 Fällen gegen das Arzneimittelrecht verstoßen zu haben. Wie das Landwirtschaftliche Wochenblatt Westfalen-Lippe berichtet, soll Kiene selbsthergestellte Arzneimittelmischungen nicht richtig deklariert oder dosiert haben. In welchem

Ausmaß Bauern geschädigt wurden, ist noch nicht geklärt. Jetzt soll zwischen Gericht, Staatsanwalt, Bezirksregierung und Dr. Kiene ein „Kuhhandel“ im Raum stehen: Gegen Zahlung von 500.000 DM und Einhaltung von Praxis-Auflagen soll das Verfahren eventuell eingestellt werden. Darüber muß das Gericht jetzt endlich entscheiden. en

KURZES AM RANDE

Neuer Schweinepestzug

Handel und Verfütterung unerhitzter Kantinenabfälle und sträfliches Vergraben von Kadavern in Ostwestfalen

Im ostwestfälischen Kreis Paderborn ist am 2. Januar der erste Betrieb eines neuen Schweinepestzuges gesperrt worden. Sechs Tage später folgte ein Nachbarbetrieb, der mittlerweile als eigentlicher Anfangspunkt gilt. Letzterer hatte bereits Ende November verendete Tiere im Stall, ohne das pflichtgemäß zu melden. Statt dessen vergrub er die Kadaver in einer



Keulung im Zuge der Schweinepest

Erdrube eines Transportunternehmens – auf dessen Angebot hin. Denn der Transportunternehmer wiederum hatte, so der Verdacht der Behörden, seit zehn Monaten die von ihm transportierten Speiseabfälle aus Militärkantinen nicht wie vorgeschrieben zu einer Erhitzungsanlage gefahren, sondern unerhitzt direkt an Landwirte gebracht, unter anderen an den besagten Land-

wirt. Der hat sich wahrscheinlich auf eben diese Weise den hochansteckenden Virus in den Bestand geholt.

War es nicht dummes Verkennen der Lage, muß es vor allem die Angst gewesen sein, als erster und damit als Ursprungspestbetrieb aufzufliegen, so daß er alles versuchte, die sich mehrenden Verendungen seiner Schweine zu verheimlichen. Allerdings verbuddelte er nur einen Teil der Kadaver, den anderen verbrachte er, auf einen Hänger verladen und mit Stroh bedeckt, in einen entfernten Wald.

Die Folge ist, daß sich die Viren relativ lange verbreiten konnten – über Kadaverwagen, Tierärzte, eben über Kontaktpersonen und -fahrzeuge, die die Viren mitschleppen, ohne daß Sicherungsmaßnahmen ergriffen werden konnten.

So hat sich die Pest auch auf andere Orte im Kreis Paderborn ausgebreitet, und es mußten auch Teile der Nachbarkreise zu Sperr- bzw. Beobachtungsgebieten erklärt werden. Bis zum Redaktionsschluß sind zur Bekämpfung der Seuche über 9000 Schweine gekeult und über 100.000 Tiere unter Quarantäne gestellt worden. Der Schaden wird bereits auf fünf bis sechs Mio. DM geschätzt. *uj*

Streit in der Bretagne

Strategien gegen Nitratbelastung der Schweinemast

Mit Bestandsobergrenzen und weiteren Auflagen will die Französische Umweltministerin Corinne Lepage die Umweltbelastungen verringern, die der intensiven Schweinemast zugeschrieben werden. Prompt hat sich die größte Genossenschaft von Schweinemästern in Frankreich dagegen gewehrt, daß alle Augen immer auf den Schweinemastgürtel in der Bretagne starteten, wenn von Umweltverschmutzung und Gewässerverunreinigung durch Nitrate die Rede sei. Den Forderungen der Umweltministerin hält die Genossenschaft entgegen, daß es im bretonischen Departement Côtes d'Armor zur Schweinemast nicht viele Alternativen gebe. Frau Lepage gefährde mit ihren Forderungen nach strengeren Auflagen somit Tausende von Arbeitsplätzen.

In der Bretagne stehen 55 % des gesamten französischen Schweinebestandes, wobei die Schweinehaltung seit 30 Jahren kontinuierlich steigt. Hier wurden im letzten Jahr 12,5 Millionen Tiere geschlachtet. Die Schweinedichte liegt bei 250 Schweinen pro Quadratkilome-

tern. Selbst der französische Landwirtschaftsminister Philippe Vasseur räumte ein, daß „ohne einschneidende Maßnahmen“ bis zum Jahr 2005 ca. 60 % der Trinkwasserspeicher zu hohe Nitratwerte aufweisen würden.

Für die Lösung der Umweltprobleme bieten die bretonischen Schweinemäster indes bereitwillig Lösungen an. Als Mittel stünden Gülle-Aufbereitungsanlagen sowie das frühzeitige Einarbeiten der Gülle in den Ausbringungsflächen zur Verfügung. Im Zuge dessen wies der Präsident der Genossenschaft darauf hin, daß die Nitratbelastung der Gewässer in der Bretagne nur zur etwa 17 % von der Schweinemast ausginge; wesentlich schwerwiegender seien die Immissionen durch die großen Getreidebetriebe.

Die Auseinandersetzungen stehen auch im Zusammenhang mit der Vorbereitung des neuen „landwirtschaftlichen Orientierungsgesetzes“, das als Entwurf Mitte Februar vorgelegt werden soll, und damit um finanzielle Unterstützungen für „umweltschonende Modernisierungsmaßnahmen“. *pm*



Auch in Frankreich gehts um die Gülle



Foto: Febl

Einfluß auf Schweinepreis

Die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Nord-Westdeutschland wird kritisiert, ihren Preis nicht nur von Angebot und Nachfrage abhängig zu machen.

Wenn Landwirte selbst ein Thema in die Fachpresse bringen, indem sie Leserbriefe schreiben, dann brennt ihnen meist etwas gewaltig unter den Nägeln. Schweinemäster aus dem münsterländischen Kreis Borken rufen so in den letzten Wochen „zum Nachdenken“ über das auf, was am meisten über ihre betrieblichen Existenzen entscheidet, den Preis. Sie fragen danach, ob der für sie zur wichtigsten Richtschnur gewordene ISW-Schweinepreis allein durch die Marktkräfte Angebot und Nachfrage gebildet wird. Fragt man nach, bekommt man vor allem einen Fall geschildert:

Der Fall

Eine Schweineerzeugergemeinschaft aus dem Kreis Borken wunderte sich zunehmend über die fallende Tendenz der Preisermittlungen der *Interessengemeinschaft der Schweinehalter Nord-Westdeutschland*, abgekürzt ISN, bzw. deren Wirtschafts GmbH, ISW, mit Sitz im niedersächsischen Damme. Diese ISW tritt auf dem Schweinemarkt als Käuferin von Schweinen der Mitgliedsbetriebe der ISN auf, um mit gebündelten Angeboten den jeweils besten Preis bei den Schlachtunternehmen zu erzielen. Die von der ISW realisierten Preise können unter der weit bekannten Telefonnummer (Foto) abgerufen werden, was zu einer bis ins Ausland reichenden Meßlatte für am Markt erzielbare Schweinepreise geworden ist. Doch genau daran, daß die ISW-Preise in der letzten Zeit immer die tatsächliche Marktlage widerspiegelt haben, wird

unter Landwirten zunehmend gezweifelt. Von der ISW-Geschäftsführung habe man bei fallender Preistendenz des öfteren zu hören bekommen, daß die fallenden Preise mit einem Überangebot an Schweinen zusammenhängen. Das jedoch paßte mit den Erfahrungen der Borkener Schweineerzeugergemeinschaft nicht zusammen, die selbst auch am Markt tätig ist. Die Borkener hatten nicht den Eindruck, keine Schweine mehr zu guten Preisen absetzen zu können.

Zweifel am Überhang

Um den von der ISW postulierten Überhang abzubauen und so den Preis zu stützen oder zu halten, und wohl auch, um es der ISW zu zeigen, forderten die Borkener die ISW auf, ihnen Schweine zu liefern, die sie dann in eigener Regie zu vernünftigen Preisen weiterverkaufen wollten. Nach mehrmaligem Drängen ließ sich die ISW darauf ein und sagte den Borkenern 600 Schweine zu. Eine Viertelstunde später hatten die Borkener einen Käufer gefunden, der „Überschuß-Abbau“ konnte beginnen – konnte er nicht, denn nun waren die Schweine nicht zu finden, die angeblich auf den Markt bzw. Preis gedrückt hatten. Zunächst hieß es, sie lägen bei einem Landwirt in Ahaus, dann soll es ein Viehhändler in Ahaus gewesen sein. Die Borkener, die beim Käufer im Wort standen, kamen so langsam in Bedrängnis. Zum Schluß kamen dann doch noch Schweine, allerdings aus einer ganz anderen Richtung, mit einem Viehhändler aus Südnieder-

sachsen. Ob das nun ein Mißverständnis zwischen ISW-Geschäftsstelle und den Borkenern war oder in der Geschäftsstelle einer nicht wußte, was der andere zugesagt hatte, bleibt vorerst offen.

Luftschweine

Die Landwirte jedenfalls sprechen nun von den Luftschweinen der ISW, die auf den Markt drücken sollen, aber gar nicht da sind. In die Schußlinie der Kritik gerät dabei immer mehr der Geschäftsführer der ISW, Herrmann Thole. Er ist letztendlich für den ISW-Preis verantwortlich. An ihn stellen die Landwirte aber noch weitere Fragen, z.B. ob es stimme, daß er selbst als Viehhändler 80.000 Schweine an der ISW vorbei vermarktet

habe, welche Interessen sich hier also möglicherweise vermischen könnten. Ein Sprecher der ISN hat gegenüber der Bauernstimme alle Vorwürfe gegen die ISW-Geschäftsführung als haltlos zurückgewiesen.

Mehr Einblick, mehr Einfluß!

Auf der Generalversammlung der ISN am 6. Februar wollen die Landwirte aus dem Kreis Borken vor allem eine andere, breiter angelegte Preisbildung festlegen. Nach ihren Vorstellungen sollen auch die Preise der (von Schlachtunternehmen) unabhängigen Erzeugergemeinschaften in den ISW-Preis eingehen. Daneben soll durch eine andere Zusammensetzung des Vorstandes mehr Einblick bzw. Transparenz in die Geschäfte der ISW gewonnen und Kontrolle auf die Geschäftsführung ausgeübt werden.

Wenn eine Person an zentraler Stelle zu viel Einfluß und Spielraum erhält, ohne daß für Außenstehende, aber Betroffene, nachvollziehbar ist, was aus welchen Gründen wie abläuft, dann entsteht Unruhe, die es konstruktiv zu nutzen gilt. Die Borkener Landwirte jedenfalls sind froh, in die Öffentlichkeit getreten zu sein. Die Diskussion um die für sie immer noch äußerst wertvolle ISN / ISW angestoßen zu haben war denn auch ihr größtes Anliegen. Sie wollen die Interessengemeinschaft der Schweinehalter damit nur stärken. Einer der Leserbriefschreiber: „Wir Landwirte haben den Kopf nicht nur zum Haarschneiden.“

ISN / ISW

Die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Nord-Westdeutschland e.V. hat sich 1988 gegründet und ist Hauptgesellschafterin der Wirtschafts GmbH, ISW. Ihre heute etwa 5060 Mitglieder sind über die ganze Bundesrepublik verteilt.

Weniger Vieh in Thüringen

Der Rückgang des Viehbestandes in Thüringen geht weiter. Nach der Auswertung der Viehzählungsergebnisse vom Anfang Dezember 1996 beträgt der Rückgang der Viehzahlen bei Mastschweinen und Rindern jeweils zwischen 3 % und 4 %, bei Sauen sogar 8 %. Der Bestand an Bullen hat sich sogar um 11,5 % verringert.

Mittlerweile wird nur noch die Hälfte der Schweinefleischmenge, die in Thüringen verkauft wird, auch hier produziert.

Sonnleitner fordert Öko-Tier

Der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes und zukünftige Heeremannes-Nachfolger, Gerd Sonnleitner, fordert die Anwendung des Kreislaufprinzips auf den Biobetrieben des Ökolandbaus. Tierischer Dünger müßte in den ökologisch wirtschaftenden Betrieben auf den betriebs-eigenen Flächen ausgebracht werden. Die Ausbringung auf Fremdflächen müsse auf Ausnahmefälle beschränkt werden, um so einen „Misttourismus“ zu vermeiden. Sonnleitner äußerte sich nach einer Sitzung des EU-Ausschusses der Bauernverbände (COPA), der die Aufnahme der Tierhaltung in die EU-Verordnung zum ökologischen Landbau forderte.

Am 27.12.96 ist auf dem Hof von Bauer Hans-Jürgen Mikus bei Brakel/Westfalen ein Galloway-Rind, eine britische Extensivrinderrasse, an BSE gestorben. Soweit die Fakten, zu denen bisher keine Widersprüche und Gerüchte aufgetaucht sind. Was seither über diesen Fall berichtet wurde, hat zeitweise selbst die „Jahrhundert-Steurreform“ in den Schatten gestellt. Sie sei „vom Wirrwarr der Gerüchte“ langsam beunruhigt, äußert NRW-Agrarministerin Bärbel Höhn. Zur Sorge um BSE gesellt sich die Sorge um den Umgang mit BSE.

Einbruch des Rindfleischmarktes verschuldet, der sich gerade erst mühsam erholt hatte.

Bio, Hobbybauern und Extensivrinder

„BSE-Fall auf Biobetrieb“ melden die Medien. „Jetzt hat es auch die Bios“ erwischt, äußert manch ein „normaler“ Bauer nicht ohne eine gewisse Genugtuung. Dabei ist Bauer Mikus kein Biobauer. Auf der Suche nach einer Zukunft für seinen Betrieb spielt er zwar mit dem Gedanken an Ökoanbau, informiert

weil auch sie BSE-verseuchtes Futter gefressen haben könnten.

Tiermehl als Ursache

Zunächst hatte das BML als Ursache für den BSE-Fall sowohl die Übertragung von der Mutter auf das Kalb als auch die Verfütterung von Tiermehl genannt, doch schon bald wurde die Tiermehl-Erklärung ausgeschlossen. Borchert bekräftigte mehrfach, daß in den betreffenden Betrieben kein Tiermehl verfüttert worden ist. Insgesamt kann aber auch aus seinem Hause ein lückenloser und

ihm – wahrscheinlich ein Direktimport aus Großbritannien und nicht in Deutschland geboren. Für Ministerin Höhn eine „interessengeleitete Spekulation“, wobei sein Interesse an der Vermeidung von Übertragungswegen liegt, die „wirtschaftlich zu den teuersten Folgen“ führen würden, deren Berücksichtigung im Sinne eines vorsorgenden Verbraucherschutzes aber erforderlich wäre.

Immer wieder die Ökofarm

Immer wieder ins Visier gerät, als bisher dritte bekannte Station der Galloways nach Lönigen in Niedersachsen und einer ehemaligen LPG in Utzedel/Nähe Demmin, eine „Ökofarm“ in Wagon in Mecklenburg-Vorpommern, die keinem anerkannten Anbauverband angebunden ist. Laut Spiegel versucht sich dort der ehemalige örtliche LPG-Leiter Meyer-Bodemann „auf dem Bio-Trip“. In seiner 1990 mit 40 Galloways aufgebauten Herde sollen sich auch illegal aus Tschechien ins Land geholt Tiere befinden. Auf ca. 1000 ha sollen auch etwa 1000 Tiere der Rassen Deutsch Angus und tschechisches Fleckvieh stehen. Bereits verschuldet sucht der Betreiber für seinen Fleischabsatz 1994 auch Kontakt zur Firma Nestlé Alete in München. Als diese nur kaufen will, so der Spiegel, wenn der Betrieb frei von britischen Rindern ist, versichert Meyer-Bodemann gegenüber Nestlé, seine Galloways an eine Gallus-GbR verkauft zu haben, woraufhin über mehrere Monate Tiere an Nestlé geliefert werden. Der Haken: Eine Gallus-GbR gibt es laut Spiegel nicht. Die Kontrolle der Ökofarm nimmt als Vertragspartner für die Nestlé-Lieferanten die Biopark Markt GmbH vor, die für den Vorgang „bislang keine Erklärung“ (Spiegel) hat. Biopark ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau (AGÖL), wird diese erst 1996. Im Mai 1996 gehen sieben Galloways an den bayrischen Viehhändler Jobst in Bayreuth (der auch mit Lamas und ähnlich exotischen Tieren handelt), von dem Mikus die Tiere dann bezieht. Meyer-Bodemann fährt im September 1995 vor einen Baum (von Selbstmord ist die Rede). Die Ökofarm geht in Konkurs. Es hinterbleiben „undurchschaubare Unterlagen zum Tierbestand“ und „ein offenes Geheimnis, daß da viel schwarz verkauft wurde“, vor allem in den Wochen vor dem Zusammenbruch, so das Magazin Focus.

Alles unter Kontrolle?

Von Anbeginn an bestand für die VerbraucherInnen nach Ansicht von Minister Borchert kein Risiko. Das Tier habe unter Kontrolle gestanden. „Auf solche Fälle waren wir vorbereitet“, so Borchert. Und auch für Freiherr Heereman

Offensiv gegen Eilverordnung

Der jüngste BSE-Fall in Deutschland hat die Gemüter, Medien, Verbands- und PolitikvertreterInnen in höchste Erregung versetzt. Es mehren sich die Stimmen gegen eine Tötungs-Aktion.

Tagtäglich, fast stündlich werden neue „Erkenntnisse“ gemeldet, die häufig mehr Fragen aufwerfen als beantworten. Fragen, die auch bei Redaktionsschluß dieser Zeitung noch ungeklärt waren. Z. B.: Wurde Mutter oder Kalb geschlachtet?

Bauer Hans-Jürgen Mikus

Als der BSE-Fall auf dem Hof von Hans Jürgen Mikus bekannt wird, ist es mit dem Frieden Dorf zuende. MedienvertreterInnen reißen sich um ihn und seine Tiere. Von Berufskollegen wird er bedroht, sein Hof steht zeitweise unter Polizeischutz. Rd geht nicht mehr ans Telefon.

Bauer Mikus hatte gemacht, was Bauernverband und Agrarpolitik von „ihren Landwirten“ erwarten: Unternehmerische Initiative ergriffen und sich für seinen Aussiedlerhof ein zweites Standbein neben der Kälbermast (ca. 160 Tiere, bayrisches Fleckvieh) gesucht und war dabei eher „zufällig“ auf die Galloways gestoßen, von denen er 7 im Herbst 1995 von einem bayrischen Viehhändler erwarb, um in die Direktvermarktung einzusteigen. Als eines der Tiere, Cindy, anfang Dezember 96 zentralnervöse Störungen zeigt, verständigt er den zuständigen Veterinär. Das Tier bekommt eine Vitamin-B-Spritze (Verdacht: Hirnrindennekrose) und erholt sich wieder. Am 27.12. wiederholen sich die Symptome. Das Tier verendet noch bevor der informierte Amtstierarzt erscheint. Am 21.1. (für die Untersuchung ist eine Langzeitfixierung des Probenmaterials über ca. 3 Wochen nötig) die Diagnose: BSE-positiv.

Der Hof wird zum BSE-Hof und Bauer Mikus für zahlreiche seiner Berufskollegen zum „Sündenbock“, denn er ist kein „normaler“ Bauer, „keiner von uns“. Mikus hat in ihren Augen einen erneuten

sich und läßt sich beraten. Von einem Biobetrieb nach anerkannten Richtlinien ist er aber weit entfernt. Trotzdem hält sich diese Falschmeldung hartnäckig, trotz wiederholter Richtigstellung durch Bauer Mikus. Die Meldung paßt halt so schön zu weiteren "Sündenböcken", die in die Schußlinie geraten: extensiv zu haltende Fleischrinderrassen und Hobbybauern. „Vollerwerbsbauern müssen ausbaden, was Hobbylandwirte anrichten“, schimpft der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Kreisverbandes Höxter im westfälisch-lippischen Bauernverband (WLV). In dieses Horn stößt auch der Kreislandwirt und CDU-Bundestagsabgeordnete Meinolf Michels und fordert „Wir müssen einen Schwelbrand vermeiden und reinen Tisch machen“. Der BSE-Fall wird zum Anlaß für eine Generalabrechnung genommen mit allem, was der herrschenden Lehre und Agrarpolitik entgegensteht oder nicht gänzlich ins Bild paßt. „Ich bin bestürzt und auch enttäuscht über diese Programmstimmung innerhalb des Berufsstandes, denn diese Rinderhalter konnten ausnahmslos nichts dafür, daß hier eine solche Erkrankung ausgebrochen ist. Es diskreditiert auch alle kleineren Landwirte, Nebenerwerbsbetriebe, die wir in Deutschland ganz dringend brauchen“, kommentiert Arnold Weßling, stellvertretender WLV-Kreisverbandsvorsitzenden im Kreis Gütersloh das Verhalten seiner Kollegen.

Und wieder kracht's: Eine „ungeheuerliche Diffamierung aller Bauern“ und „unverantwortliche Äußerung“ nennt der Bauernverband Schleswig-Holstein die Forderung des Vorsitzenden des Verbandes Schleswig-Holsteinischer Fleischrinderzüchter, Götz von Donner, aus Gründen des Verbraucherschutzes müßten alle Rinder überwacht werden,

zweifelsfreier Nachweis der verschiedenen Aufenthaltsorte der Tiere und die jeweilige Dauer des Aufenthalts nicht gegeben werden. Demgegenüber hält sein niederländischer Amtskollege van Aartsen den Übertragungsweg Tiermehl durchaus für möglich. Das würde den Holländern ein Problem ersparen: Sie müßten Ihren VerbraucherInnen nicht erklären, warum die Mutter eines an BSE verstorbenen Tieres in den dortigen Handel geraten ist, denn die Mutter soll nach Holland verkauft, dort geschlachtet (im August 1996) und in Verkehr gebracht worden sein (derzeit wird in Holland eine Schwester von Cindy eingehend untersucht). Auch Ministerin Höhn bezeichnet den Weg über das Muttertier als den „wahrscheinlichsten Übertragungsweg“, es wäre der erste nachgewiesene Fall, ohne Tiermehl ganz auszuschließen. Zumindest in NRW kann das Tier jedoch nicht über Tiermehl infiziert worden sein, denn bei einer Inkubationszeit von 3 bis 5 Jahren ist der Aufenthalt in NRW von nur ca. 18 Monaten zu kurz. Tiermehl als Ursache ist damit aber noch nicht vom Tisch.

So vermutet der bayrische Landwirtschaftsminister Bocklet, daß BSE-verseuchtes Tiermehl auf dem Schwarzmarkt zu haben ist, während der Import von Tiermehl aus Großbritannien seit 1989 verboten ist. Warum, so fragen Beobachter, soll dann nicht auch das verendete BSE-Rind damit in Berührung gekommen sein, wenn deren Identität (nach Feststellung des BSE-Befundes) wurde der Kopf des verstorbenen Tieres von den Behörden entsorgt, eine Altersbestimmung als Beitrag zur Identifizierung ist nicht mehr möglich, Aufenthaltsorte oder -dauer nicht eindeutig geklärt sind. Jetzt ändert Minister Borchert seinen Erklärungsansatz: Cindy sei – entgegen ursprünglichen Vermutungen von

zeigt der Fall in Westfalen, alle notwendigen Vorkehrungsmaßnahmen seien getroffen. Die deutsche Landwirtschaft habe eine lückenlose Kennzeichnung aller Rinder etabliert, durch die eine vollständige Kontrolle gewährleistet werden könne. Auf Cindy und ihre Mutter trifft das offensichtlich nicht zu. Ohrmarken sollen vertauscht worden sein, zu viele Löcher im Ohr wurden gefunden, dafür soll eine eigentlich notwendige Tätowierung fehlen. Auch der „Fleischrinderverband Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern“, der die Zuchtbescheinigung für Cindy mit dem Geburtsdatum 25.07.92 in Mecklenburg-Vorpommern ausgestellt hat, kann diese „Merkmale“ nicht erklären. Die Verantwortung für die Kennzeichnung (Ohrmarken werden vom Züchter eingezogen) und Dokumentation liegt, wie vom Gesetz vorgeschrieben, beim Züchter, hier der Ökofarm in Wagun. Zu Kontrollzwecken werden lediglich in geringem Umfang Stichproben gemacht. Ob dieser Betrieb durch Unregelmäßigkeiten aufgefallen sei, dazu wollte sich ein Vertreter des Zuchtverbandes gegenüber der Bauernstimme nicht äußern.

sich statt der Tötung für systematische Beobachtung und eine verstärkte Erforschung der BSE-Fälle aus. VertreterInnen der Fleischrinderzüchter und Amtstierärzte befürchten zudem, daß mit der Tötung nur die registrierten Tiere erfaßt werden, was ehrliche Züchter „bestraft“, während nicht auszuschließen sei, daß es auch nicht registrierte Rinder gebe. Widerstand regt sich auch bei den Züchtern, auf den betroffenen Betrieben. „Wir gehen offensiv gegen diese Eilverordnung vor“, sagt Christine Warnken, die gemeinsam mit ihrem Mann einen Naturland-Hof bei Bremen mit einer Herde von 25 Mutterkühen und Nachzucht, ca. 80 Tiere, bewirtschaftet und Direktvermarktung betreibt, in erster Linie über den eigenen Hofladen und die Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft. Weil Bestellungen von Kindertagesstätten und kleineren Großküchen schon storniert wurden, fällt die Janaurschlachtung bereits aus. In der Saison (September bis April) werden etwa 25 Tiere vermarktet (Hälften, Viertel, Teile). „Es besteht kein Grund zur Tötung, denn von unseren Tieren geht keinerlei Gesundheitsgefahr aus“, kritisiert Chri-

stine Warnken den „Schnellschuß“ aus Bonn gegen „eine kleine Gruppe von Betrieben ohne große Lobby“. Sie bezweifelt, daß über die Tötung der Tiere das Vertrauen der Verbraucher zurückgewonnen werden kann, zu viele Fragen sind noch offen. Gemeinsam mit einem anderen Betrieb werden sie gegen die Eilverordnung beim Verwaltungsgericht Klage einreichen. Aufschiebende Wirkung hat das wohl nicht, weshalb sie auch über zivilen Ungehorsam nachdenken. Dabei fühlen sie sich unterstützt vom schleswig-holsteinischen Agrarminister Wiesen, der die Bauern dazu aufgerufen hat, sich gegen die Verordnung zu wehren. Auch Amtstierärzte haben bereits durchblicken lassen, daß sie sich eine Erzwingung der Tötung kaum vorstellen können. „Die Verordnung nicht hinnehmen“ will auch Familie Kaufhold aus Delmenhorst, die als Nebenerwerbsbetrieb ebenfalls von der Tötung bedrohte Rinder halten. Sie haben eine BSE-Freiheitsbescheinigung mit amtstierärztlicher Bestätigung für ihre drei betroffenen Tiere, von denen das älteste 16 Jahre alt ist, „also jenseits von BSE“. Sie „wissen lückenlos, durch welche Hände die

Tiere gegangen sind inclusive dem Transporteur“. Auch Josef Jacobi, ehemaliger Bundesvorsitzender der AbL, schlägt Beobachtung statt Tötung vor. Nur dann sind sichere Erkenntnisse über BSE und seine Übertragungswege zu gewinnen. „Wir müssen wegkommen von der Illusion, mit einer Tötung tatsächlich einen BSE-reinen Tisch zu bekommen“, angesichts der noch zahlreichen offenen Fragen nicht nur in dem konkreten BSE-Fall. Werden unter Beobachtung stehende Tiere geschlachtet, wird jedes Tier – ähnlich der Trichinen-Beschau – untersucht. Während der Untersuchungszeit hängen die geschlachteten Tiere im Kühlhaus, was der Qualität des Fleisches zugutekommt und z. B. von Extensivrinderhaltern heute schon praktiziert wird. Erst ein derartiger offener und ehrlicher Umgang mit der BSE-Problematik ist unter Umständen geeignet, das Vertrauen der VerbraucherInnen in Rindfleisch wieder in einem Maße herzustellen, wie es im Interesse der betroffenen Bauern und Bäuerinnen zu wünschen ist. st

Tötung der Tiere

Wenige Tage nach Bekanntwerden des BSE-Falles in Höxter fassen Bund und Ländervertreter auf einer Krisensitzung in Bonn in Anwesenheit und mit Zustimmung eines Bauernverbandsvertreters den Beschluß über eine Eilverordnung, wonach zunächst die 5.200 direkt importierten Rinder (je zur Hälfte aus Großbritannien und der Schweiz) getötet werden sollen. Diese Eilverordnung wird am 28.1. erlassen.

Die Nachfolgeneration (F1) soll bundesweit unter amtliche Kontrolle gestellt und für sie ein Schlachtverbot verhängt werden (einige Länder wie NRW hatten das schon im letzten Jahr verfügt). Sollte der Übertragungsweg die Mutter sein, soll auch die F1-Generation getötet werden (ca. 14.000 Tiere). Letztendlichen Aufschluß soll hier eine noch laufende Genomanalyse bringen. Schleswig-Holstein, Bayern und Niedersachsen (hier stehen die meisten betroffenen Rinder) sprachen sich in Bonn gegen eine Tötung der F1-Generation aus.

Andere Wege zum Umgang mit BSE

Als eine „Fehlentscheidung“, mit der „nur Vertuschungseffekte“ erzielt würden, hat die SPD-Bundestagsfraktion die Eilverordnung abgelehnt, ebenso wie BUND und Tierschutzbund. Der SPD-Abgeordnete Wodarg sprach von einem Affront gegen das Parlament, da die zuständigen Bundestagsausschüsse bei Erlass der Verordnung noch gar nicht informiert sind. Die SPD spricht

Mißtrauensvotum gegen EU-Kommission

BSE-Untersuchungsausschuß des EU-Parlaments übt harte Kritik

Wegen zahlreicher schwerer Versäumnisse bei der Bekämpfung von BSE droht der EU-Kommission im Februar ein Mißtrauensvotum durch das EU-Parlament. Anfang des Jahres hatte der Berichterstatter des BSE-Untersuchungsausschuß, Medina Ortega, den Entwurf für den Abschlußbericht vorgelegt. Danach trägt den Hauptteil der Verantwortung für die Ausbreitung von BSE Großbritannien (GB). Maßnahmen wie das Verbot der Tiermehlverfütterung und die 1990 beschlossenen Auflagen für den Fleischexport seien nur unzureichend kontrolliert und nicht wirksam umgesetzt worden. U. a. habe GB unter dem Druck der eigenen Fleischindustrie die Kommission darauf gedrängt, im Rahmen von Schlachthof-Inspektionen auf die Untersuchung der BSE-Problematik zu verzichten. Versäumnisse auch bei der Ausfuhr von Tiermehl in die EG (noch 1994 wurden fast 2.500 Tonnen Fleischmehl exportiert). Schwere Vorwürfe auch in Richtung EU-Kommission. Sie gab der Aufrechterhaltung des Marktes Vorrang vor Gesundheitsgefahren, versuchte das Prob-

lem herunterzuspielen, was teilweise auf eine „Politik der Desinformation“ gegenüber Parlament und Öffentlichkeit hinauslief. Minderheitenmeinungen wurden eingeschränkt. Die Kommission hat sich sehr spät und auf ineffiziente und widersprüchliche Weise mit dem Problem Tiermehl befaßt. Rechtzeitiges Eingreifen hätte ein Ausbreiten von BSE in Europa eventuell verhindern können. Angesichts dieser Versäumnisse wird in dem Berichts-Entwurf die Frage aufgeworfen, ob die Kommission politisch haftbar gemacht werden oder politisch zur Rechenschaft gezogen werden kann. Ein deutliches „Ja“ gibt es dazu von Reimer Böge, CDU und Vorsitzender des BSE-Untersuchungsausschusses, und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Grüner EU-Abgeordneter und Böge's Stellvertreter im Ausschuß. Beide fordern ein „bedingtes Mißtrauensvotum“, was ursprünglich von den Grünen eingebracht worden war. Die Kommission könnte dann die vom Parlament geforderten internen Reformen umsetzen. Kommt sie dem nicht nach, werden die Kommissare im Dezember nach Hause

geschickt. Ein „Mißtrauensvotum auf Bewährung“. Für Verärgerung bei den Parlamentariern hatte die Kommission auch nach Veröffentlichung des Berichts-Entwurfs noch einmal gesorgt. In einer belgischen Tageszeitung waren Protokolle von Kommissionssitzungen erschienen, in denen es um Exportverbote für Gelatine im Februar 1996 ging. Die Zeitung zitierte Stellen, die dem Ausschuß nicht bekannt waren. Die ihm vorliegenden Protokolle waren offensichtlich „in stark gesäuberter Form“ vorgelegt worden, so Graefe zu Baringdorf, der der Kommission weiterhin „Versteckspiel“ mit dem Ausschuß vorwarf. Blicke noch mitzuteilen, daß der Entwurf des Berichtes sich am Schluß auch direkt an die Bauern wendet: „An die Landwirte muß die Empfehlung gehen, sich bei der Tierernährung an bewährte Praktiken zu halten, sich um eine extensive Produktion zu bemühen und sich an den Programmen zur Förderung von Qualitätserzeugnissen zu beteiligen.“ st



Nestlé

Sarotti

yes

After Eight

KitKat

Crisp

Galak

NESCAFÉ
cappuccino

Nuts

BAREN
MARKE

smarties

Findus

Nesquik

Caro
LANDKAFFEE

Glücksklee

Libby
Libby
Libby

Alete

Herta*

NESCAFÉ

BEBA

Dorffler

Dallmayr
prodomoDaily
SNACK

Maggi

THOMY

presso
presso

Buitoni

Nestlé
CONDENSED MILKNestlé
Milchfrischprodukte

Industrienahrung und Gen-Food

Vom Werden und Wirken eines Weltkonzerns

Im Jahre 1868 fabrizierte der Apotheker und Chemiker Henri Nestlé im schweizerischen Ort Vevey eine industriell herstellbare Kindernahrung aus Kondensmilch, Zucker und Weizenmehl. Sein billiges „Kindermehl“ (mit dem Vogelnest als Markenzeichen) entwickelte sich rasch zu einem Verkaufsschlager, vor allem bei armen Leuten in den Städten. Damals gingen Tausende vom Lande in die Stadt, um dort als billige Arbeitskräfte in den Fabriken zu arbeiten. Zunehmend waren auch die Frauen gezwungen, aus der Küche in die Fabrik zu wechseln. Die Ernährung dieser Menschen mit geringem Einkommen war sehr schlecht. Für billige, einfache und haltbare Industrienahrung entstand ein gewaltiger Markt.

Dieser Markt wurde bald bedient: 1870 stellte der Chemiker Mege-Mouries aus Rindertalg und Wasser ein butterähnliches Produkt („Margarine“) her. Der Schweizer Mühlenbesitzer Julius Maggi produzierte durch chemischen Aufschluß von Bohnen- und Erbsenmehl ein fleischbrüheartiges Produkt und brachte 1886 seinen neuen Fleischersatz in Form von haltbaren Suppenwürfeln für kochfertige Suppen auf den Markt. Um 1860 entwickelte der Händler Carl Heinrich Knorr aus Heilbronn einen Kaffee-Ersatz aus Zichorien, seine Söhne waren mit einer „Erbwurst“ und einer „Patentsupsuppe Victoria“ aus Hülsenfrüchten erfolgreich.

Doch zurück zu Henri Nestlé: Als der im internationalen Vertrieb seines Kindermehls an Grenzen stieß, da verkaufte er kurzerhand Patent, Fabrik und Markenzeichen an drei Schweizer Geschäftsleute. Die fusionierten bald mit der „Anglo-Swiss Condensed Milk Company“, die Milch zu haltbarer Kondensmilch verarbeitete.

1929 übernahm die Firma Nestlé die Schokoladenfirmen Peter-Cailler-Köhler und die Sarotti AG und wuchs weiter durch den Verkauf von Instant-Getränken. 1938 entwickelte Nestlé auf Anregung des brasilianischen Landwirtschaftsministeriums das lösliche Nescafé-Pulver zur Verwertung der Kaffee-Überschüsse. 1947 folgte die Fusion mit Maggi. Zum multinationalen Konzern wurde Nestlé durch weitere strategische Firmenkäufe: Locatelli (Tomatenprodukte), Findus (Tiefkühlkost), Vittel (Wasser), Libby (Milch, Obstkonserven), Ursina Franck bzw. Allgäuer Alpenmilch AG, Stouffer, Chambourcy (Milch), Anteile

an L'Oreal-Kosmetik und an Blaue Quellen Mineralbrunnen.

Ab 1982 forcierte der deutschstämmige Nestlé-Chef Maucher die Zukäufe: Mit den Neuerwerbungen Hills Brother Coffee und Carnation besetzte Nestlé den US-Markt, mit dem Kauf der Herta-Artland-Dörffler-Fleischwarengruppe und dem „Know-how in Fleisch“ drang Nestlé „vom Rand des Tellers in dessen Mitte“ vor, mit dem italienischen Nudelhersteller Buitoni-Perugia brach Nestlé auf breiter Front nach Italien und in den Gesamtmarkt der südländischen Küche ein. Nach einem Millionen-Wettlauf mit Jacobs um den Aufkauf von Aktien übernahm Nestlé den britischen Süßwarenhersteller Rowntree und dessen europaweit eingeführte Marken und Marktanteile. Gegenwärtig konzentriert sich Nestlé auf den Kauf von Tiernahrungsherstellern (Alpo/USA) und von Eiskremfabriken (Warncke-Eis/Motta). Wie strategisch Nestlé bei seinen Zukäufen vorgeht, das schildert Nestlé-Chef Maucher am Beispiel der Übernahme des Mineralwasserkonzerns Perrier, wodurch Nestlé nach langen Auseinandersetzungen mit dem Kartellamt weltweit Marktführer in dieser Branche wurde: „Wasser wird immer knapper. Immer mehr Leute begreifen, daß man zwei Liter Flüssigkeit am Tag braucht. ... Deswegen gibt es hier einen steigenden Weltmarkt – wir haben die Produktion. Eine Quelle können Sie nicht vermehren. Eine Schokoladenfabrik kann ich überall hin-

bauen, aber eine Quelle, die habe ich, oder ich habe sie nicht.“ (Lebensmittelzeitung 21/94). Ziel aller Firmenkäufe ist, in einem Produktbereich rasch zum Marktführer zu werden, möglichst weltweit: wie schon bei Getränken, Milchprodukten, Speiseeis, Fertiggerichten, Süßwaren und Mineralwasser. Wo Nestlé dafür keine Chance sieht, wie bei Softdrinks, da

arrangiert man sich mit den Marktführern: wie z.B. mit Coca-Cola bei der Entwicklung und der Marktöffnung für Eistee oder Eiskaffee.

Und so präsentiert sich heute der weltgrößte Ernährungskonzern: mit 70 Mrd. DM Umsatz und über 3 Mrd. DM Gewinn, mit weltweit 220.000 Beschäftigten, die in 500 Fabriken in 100 Ländern etwa 2500 Marken-Produkte herstellen, die mit 2,5 Mrd. DM Werbeaufwand im Einkaufsverhalten verankert werden. Rund 700 Mio. DM gibt Nestlé jährlich für Forschung aus, um neue Produkte, Technologien oder Verpackungen zu entwickeln und in den Markt zu bringen. Umsatzziel: Verdoppelung alle 10 Jahre. Die Grundprinzipien: Konzentration auf verarbeitete, lange haltbare Nahrungsmittel und Getränke, Schaffung einer beherrschenden Marktposition durch technische Innovationen, durch Firmenkäufe und durch Bindung der Kunden mittels Werbung an die eigenen Markenprodukte.

Multinationale Konkurrenten: Unilever, Philip Morris (Kraft-Jacobs-Suchard), Danone-BSN, Mars.

Welche Macht hat Nestlé?

Darauf befragt, weist Nestlé-Chef Maucher stets darauf hin, daß man ja schließlich keinen zum Kauf seiner Produkte zwingen kann: „Ich entscheide nicht, ob es auf der Welt mehr Singles oder Familien geben soll. Ich nehme die Fakten zur Kenntnis, und dann



Die Zentrale der Nestlé-Gruppe Deutschland in Frankfurt

versuchen wir, ein Bedürfnis zu befriedigen, mit Kleinpäckungen etwa oder/und einfachen Rezepten, weil viele Singles nicht mehr kochen können. Das ist der Markt.“

Und in der Tat: Daß es für Nestlé Produkte tatsächlich eine Nachfrage gibt, das mag an den Kunden selbst liegen oder an den Verhältnissen, die sie dazu zwingen – einen Vorwurf an Nestlé kann man daraus nur schwer konstruieren. So wie Henri Nestlé oder Julius Maggi mit ihren Produkten die aus der Not geborene Nachfrage der Fabrikarbeiter befriedigten, so reagiert heute der Nestlé-Konzern auf das fehlende Interesse am Kochen bzw. die mangelnde Zeit für Küchenarbeit oder auf das Interesse an schnellem Gaumenkitzel in den Industrieländern: mit Dosen-Ravioli, mit Tüten-„Frühlingssuppe“, mit Fixsaucen-Pulver (nach Wahl für „Geschnetzeltes Züricher Art“ oder auch „Zucchini-Moussaka“), mit fertigem „Potato- oder Pasta-Snack“ oder mit „Gourmet-Suppendrink“.

Die Beschickung des Frische-Regals mit Gemüse und Obst ist nun mal die Sache von Nestlé nicht: solche Agrarwaren mögen gesund und wichtig sein, aber sie sind leider unverarbeitet, austauschbar, somit der Konkurrenz leicht zugänglich und zumeist im Überfluß vorhanden – sie taugen schlecht zur Wertschöpfung und zur Markenbildung. Das Fertiggericht-Regal ist da wesentlich profitträchtiger. Mag der Verzehr einer „5-Minuten-Terrine“ auch zugespitzter Ausdruck einer Verelendung hinsichtlich Geschmack, Gesundheit und Ernährung sein, mag sich die Zutatenliste auch wie ein Auszug aus einem Chemie-Lehrbuch lesen, mag sich der Müllimer auch füllen mit Verpackungsmüll – direkt gezwungen wird hierzulande ja tatsächlich keiner zum Kauf und zum Verzehr solcher Speise.

„Nestlé tötet Babies“

Da verhielt es sich in der Dritten Welt mit Nestlés Absatzstrategie für Baby-Milchpulver schon anders: An Muttermilch läßt sich für Nestlé nichts verdienen, an verarbeitetem Baby-Milchpulver dagegen viel. Vorausgesetzt, die Mütter verzichten auf das Stillen. Und genau das – so der Vorwurf von Entwicklungshilfe-Organisationen und Kirchen – betrieben Nahrungskonzerne wie Nestlé durch massive Einflußnahme auf Kinderkliniken: mit Werbegeschenken, Gratispackungen und gezielter „Beratung“. Weil Berater und Werbung künstliche Babynahrung als besonders fortschrittlich und gesund propagierten, verzichteten viele Mütter in der Dritten Welt aufs Stillen und

sparten sich das Geld für Babynahrung vom Munde ab. Weil aber die Ersatznahrung unter den Verhältnissen in der Dritten Welt dann oft mit unsauberem Wasser zubereitet werden mußte, starben jährlich eine Million Kleinkinder an den Folgen der „Flaschenkrankheit“. Die UN-Weltgesundheitsorganisation untersagte schließlich im „Code über das Marketing von Babynahrung“ die „unangemessene Promotion“ in Krankenhäusern sowie die

„Es gibt einen steigenden Weltmarkt – wir haben die Produktion“ Nestlé

idealisierende Werbung für industrielle Babynahrung. Initiativen und Kirchen in den Industrieländern riefen unter dem Motto „Nestlé tötet Babies“ zum Boykott von Nestlé-Produkten auf. Zunächst versuchte der Riesenkonzern, durch Klagen gegen eine kleine Initiativgruppe den Protest zu stoppen. Schließlich aber versprach auch Marktführer Nestlé, sich an die UN-Vorschriften zu halten.



„Nestlé-Globetrotters: Taktisch geschickt und spielerisch brilliant machen sie einen (Akquisitions)-Korb nach dem anderen“. So kommentiert in Wort und Zeichnung die Lebensmittelzeitung das „Spiel“ von Nestlé mit der Welt (Zeichner: Oliver Sebel)

„Globaler Akteur“ für Weltmarktniveau

Wie sich die Unternehmensgröße und die Marktmacht von Konzernen auf die Politik auswirken, das zeigt die Kampagne für die weltweite Globalisierung der Märkte. Multinationale Unternehmen wie Nestlé müssen ein besonderes Interesse an diesem Niederreißen von sozialen Schranken, ethischen Normen und Umweltauflagen auf das niedrige Weltmarktniveau haben. Sie sind die wichtigsten Akteure im Hintergrund, wenn es bei den in-

ternationalen Welthandelskonferenzen darum geht, nationale Regierungen zum Abbau von Handelshemmnissen zu bewegen: Nestlé-Chef Maucher betont gern, daß man bei diesen Verhandlungen nur erfolgreich sei, wenn man wie Nestlé als „globaler Akteur“ eine „gewisse Größe“ habe.

Auch direkt setzen transnationale Konzerne ihre ökonomische Macht in politische Macht um: Zwischen den Tochtergesellschaften in verschiedenen Ländern kann man Gewinne unkontrollierbar so hin- und herschieben, daß kaum Steuern anfallen. Um Löhne, Mitbestimmungs- und Arbeitsbedingungen zu drücken, genügt oft die Drohung der Verlagerung von Produktion und Arbeitsplätzen: „Kapital ist nämlich flexibel, die Arbeitnehmer nicht“, so Maucher. Auf internationaler Konzernebene beschränkt Nestlé den Einfluß der Arbeitnehmer denn



auch auf einen unverbindlichen „Lenkungsausschuß“, der einmal jährlich tagt. Und auch Bauern haben ihre Erfahrungen mit dieser „Flexibilität“ des Nestlé-Konzerns machen müssen, z.B. bei der Schließung von Molkereien und der Verlagerung der Milchproduktion.

Auch wenn es um den Abbau von Sozialleistungen und um Steuersenkungen auf Gewinne geht, ist CDU-Mitglied Maucher dicht am Ohr des Kanzlers – die ZEIT nennt Maucher einen der engsten Berater Kohls. Der Nestlé-

Aus den Patentschriften der „Nahrungsmittel“-Erfinder

Nestlé/Deutsche Patentanmeldung: Herstellung künstlicher Muscheln, Tintenfische, Würstchen aus Soja-Gerinnungsprodukten und Fischteilchen. Inhalt: „Fein gemahlener Sojagries“ wird in Wasser aufgeschwemmt, erhitzt, zentrifugiert. Zurück bleibt eine milchige Flüssigkeit. Durch Zugabe von Calciumsalz wird daraus ein Gerinnungsprodukt hergestellt. Nach einer Glättung stopft man dieses in eine Glaskolonne, in der eine Calciumchloridlösung zirkuliert. „Die erhaltene Textur ist mit derjenigen von gekochten Weichtieren vergleichbar“. Geeignet für alle Arten von Fertiggerichten.

Boß (mit einem Jahreseinkommen von 3,2 Millionen) spricht offen von einem „gewissen Prozentsatz an Wohlstandsmüll in unserer Gesellschaft“ und meint damit „Leute, die entweder keinen Antrieb haben zu arbeiten, halb krank oder müde sind, die das System einfach ausnutzen.“ Einen Teil müsse man wohl „durchfüttern“, den anderen Teil aber stärker unter Druck setzen. Nachdem Maucher seit 1996 einen Teil seiner Nestlé-

Funktionen abgegeben hat, will er nun noch stärker „Sachverstand in die europäische Politik einbringen“, z.B. als Vorsitzender der 50 Top-Manager im „European Round Table“ oder als Vertreter der Ernährungsindustrie in der Internationalen Handelskammer. Die Folgen einer solchen Politik interessieren den Konzern eingeständenermaßen wenig: Ob dabei demokratische Einflußnahme, Arbeitsplätze, mittelständische Nahrungsmittelhersteller, Bauernhöfe, Eigenständigkeit von Regionen, Koch-

traditionen, Frischeprodukte oder Geschmacksvielfalt auf der Strecke bleiben, das kümmert Nestlé nicht: „Wir wollen nicht die Menschheit verändern. Wir versuchen, mit ihr Geschäfte zu machen.“

Gentechnik als Profitbringer?

Und dabei gibt es laut Nestlé-Chef Maucher noch viel zu tun: „Wir verkaufen bereits 80 Prozent unserer Produkte in industrialisierten Ländern, wo nur 15 Prozent der Weltbevölkerung leben, und große Massenmärkte

sind dort rar.“ Das ganz große Geschäft will Nestlé/Maucher jetzt in den sogenannten Schwellenländern machen: „Man muß zum Beispiel wis-



Aus den Anfängen der Maggi-Werbung. Heute sollen Maggi-produkte von Nestlé-Chef Maucher der Gentechnik die Tür in die Nahrungsmittelregale öffnen.

sen, daß in den nächsten Jahren 50 Prozent des Zuwachses am Weltprodukt aus Asien kommen, gegenüber 11 Prozent aus Europa, und dann muß

ich mir überlegen, was wir in Asien machen. Wir wissen auch, daß Nestlé-Produkte bei einem Pro-Kopf-Einkommen von 3000 bis 20.000 Dollar am meisten gefragt sind. Das heißt, wenn ein Land sich in dieser Entwicklungsphase befindet, gibt es starke Zuwächse, dann muß man investieren.“ Und das tut Nestlé: 13 von 15 neuen Fabriken baut der Konzern in China und der ostasiatischen Pazifikregion, um die neuen Ober- und Mittelstands-Schichten zu bedienen.

Die Schlüsselrolle des Profitbringers soll dabei die Gentechnik spielen: Da die Ernährung wesentlicher

Konsumentenschichten in den Entwicklungsländern durch Fleisch nicht machbar scheint, setzt der Konzern auf pflanzliche Verarbeitungsprodukte: „Hier gibt es viele Möglichkeiten, biogenetisch Pflanzen anzupassen, das Food-Processing zu verbessern, um schmackhafte Endprodukte zu erhalten.“ Und die Patente dafür hat Nestlé bereits in der Schublade liegen: „Wir sind dabei“, so Maucher schon 1994, „die Sojabohne genetisch zu bearbeiten. ... Wir arbeiten daran. Ich habe gottseidank schon vor zehn Jahren daran gedacht. Deswegen ist Nestlé heute sehr weit in dieser Forschung.“ Laut Maucher kann Nestlé bereits „Milch“ aus Soja herstellen und Unilever demnächst „Butter“ ohne den Umweg über die „Fabrik Tier“.

Das alles erklärt die Entschlossenheit, mit der Nestlé-Chef Maucher, zum Beispiel kürzlich in einem STERN-Interview, für die Durchsetzung der Gentechnik eintritt: „Gentechnologie ist wichtig, dazu stehen wir. Nestlé wird weltweit nicht darauf verzichten – auch in Deutschland nicht, darauf können Sie sich verlassen.“ Auch in Deutschland werde man das durchset-

zen – „zunächst bei Maggi-Produkten“ und Cornflakes, später eventuell auch bei Alete-Kindernahrung. Im übrigen, so Maucher, stehe die Bundesregierung und insbesondere der Landwirtschaftsminister „auf unserem Standpunkt“.

Die Gentechnik soll für Nestlé der zentrale Hebel zur weltweiten Expansion sein. Dies kann aber auch die verwundbarste Stelle des Konzerns werden – wie einst bei der Babynahrung in der Dritten Welt. Bei der Gentechnik treffen die multinationalen Expansionspläne zentral auf elementare Einstellungen vieler Menschen zu Ethik, Risiken und Ernährung. Dies kann nicht nur zu Kaufenthaltung und Boykotts führen, nicht nur zu einem Image-Verlust für Nestlé, sondern auch zu einer Umorientierung vieler Menschen, was ihr gesamtes Kauf- und Ernährungsverhalten betrifft. Nestlé & Co haben ihre ganze Marktmacht, ihre Werbung und ihren politischen Einfluß in die Waagschale geworfen. Daß Nestlé sich die Verwendung von gentechnisch veränderten Rohstoffen derzeit in Deutschland trotz alledem nicht traut, gibt Hoffnung und ist Anlaß zu verstärkten Aktivitäten. en

Bauern-Markthallen im Emsland

Durch Bauern-Markthallen in Lingen und Haren soll im Emsland die Direktvermarktung an die heimische Bevölkerung und an Touristen gefördert werden. Die Organisation hat der Verein „Grüner Weg Emsland e.V.“ übernommen, gefördert wird das Projekt in den ersten drei Jahren durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie durch das EU-Programm Leader II. en

Bauernmarkt in Fleckviehhalle

Die 35 Mitglieder des Gersfelder Fleckviehvereins in der Rhön wollen in ihrer neuen Fleckviehhalle nicht nur Vieh versteigern und dem örtlichen Reit- und Fahrverein eine Reitgelegenheit bieten, sondern vor allem regelmäßige Bauernmärkte für Verbraucher veranstalten. Auch andere Aktivitäten wie Antiquitätenmärkte und Discos sollen hier stattfinden. en

„Andechser Natur“ nur mit „R“

Auf Betreiben des Landratsamts Starnberg hat das Münchner Verwaltungsgericht der Bio-Molkerei Scheitz untersagt, auf ihren Bio-Joghurt wie bisher „Andechser Natur“ zu drucken. Begründung: Bei einer Stichprobe wa-

ren Anfang 1994 Pestizidspuren (0,007 Milligramm pro kg Fett) gefunden worden. Die Bio-Molkerei verwies zwar auf die ökologischen Produktionsmethoden ihrer Bauern ohne jegliche chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel und auf die Tatsache, daß es heute -nach dem langjährigen Einsatz von Pestiziden in der

**ANDECHSER
NATUR**

Erkennen Sie den Unterschied?

**ANDECHSER
NATUR®**

Landwirtschaft keine völlig schadstofffreien Lebensmittel mehr geben könne. Scheitz betonte zudem, daß seine Molkerei intern einen Richtwert eingeführt habe, der noch ein Zehntel unter den gesetzlich zulässigen Grenzwerten liege. Aber all das hatte nur begrenzten Erfolg: Das Verwaltungsgericht hält die Bezeichnung „Andechser Natur“ trotz alledem für eine unzuläs-

sige Produktbeschreibung. Allenfalls als Firmenlogo könne dieser Name beibehalten werden – also mit einem kleinen „R“ als Zusatz. Scheitz rechnet mit Kosten der Umgestaltung der Etiketten in Höhe von „mehreren hunderttausend Mark“. en

Schweiz: Bio-Eier gesucht

Nach einer Meldung des Landwirtschaftlichen Informationsdienstes übersteigt die Nachfrage nach Bio-Eiern in der Schweiz das Angebot bei weitem. Nachdem die Großverteiler nunmehr auch Bio-Eier im Sortiment haben, ist laut ZMP die Nachfrage stark angestiegen. Die Preise für Bio-Eier liegen in der Schweiz etwa 25 Prozent über den Preisen für Eier aus konventioneller Auslaufhaltung. Viele Eierproduzenten haben laut ZMP jedoch Schwierigkeiten, die Anforderung der Bio-Richtlinien nach einer Umstellung des gesamten Betriebs zu erfüllen. en

Carrefour organisiert Bioproduktion

Der französische Handelskonzern Carrefour wird sein Angebot an Bio-Produkten weiter ausbauen und will dabei die Beschaffung in die Hand nehmen und wohl auch in der Hand

behalten: Wie die Lebensmittelzeitung berichtet, schloß die Handelskette jetzt einen ersten Rahmenvertrag mit der Region Centre und dem Département Loir-et-Cher sowie einem Bio-Hof ab. Gemeinsam will man 200 Landwirte für den Bio-Anbau gewinnen. An dem Projekt sind auch drei Banken beteiligt, darunter Credit-Agricole und Banque Populaire, die sich um die „Kandidatenauswahl, Schulung und Finanzierung“ kümmern wollen. Carrefour garantiert, wie es heißt, die Abnahme der Produkte ab Umstellungsbeginn zu einem „gerechten und lohnenden Preis“. Die Handelsgruppe wird sich ferner am Aufbau einer Bio-Landwirtschaftskette und einer Firma für Logistik, Versand und Vermarktung beteiligen. Die Federführung für das gesamte Projekt liegt bei dem Bio-Musterhof Ferme Sainte-Marthe. Carrefour-Bioproducte sollen drei Kriterien erfüllen: Sie müssen Geschmack haben, sollen gut aussehen und dürfen preislich maximal 20 Prozent über konventionellen Vergleichsprodukten liegen. Für die Carrefour-Aktion sollen sich schon mehrere andere französische Agrarregionen interessieren. en

Bio-Milchprojekt gestrandet

Von den Pellwormer Schwierigkeiten aus Milch Butter zu machen

Die Meierei hatte nicht erkannt, daß auch für sie in der Biomilch eine Chance liegt“, so Monika Friehl, vom Verein „Ökologisch Wirtschaften“ auf Pellworm, zur Einstellung der Biomilchverarbeitung in der Pellwormer Meierei. Für die beteiligten Bio-Bäuerinnen und Bauern ist es nun von existentieller Bedeutung, daß dieses Ende einer langen, kurvenreichen Geschichte nur ein vorläufiges bleibt.

Pellworm gilt seit Anfang der 90er Jahre als Öko-Insel, zumindest bei Nicht-Pellwormern. Der 1989 gegründete, umtriebige Verein „Ökologisch Wirtschaften“, die Nutzung von Sonnen- und Windenergie sowie der hohe Anteil an ökologisch bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen -345 ha = 10 % der landwirtschaftlich genutzten Gesamtfläche- drängen dieses Bild geradezu auf.

Die Bio-Bäuerinnen und Bauern

Die Bäuerinnen und Bauern der 6 Biohöfe auf der Insel, z. T. Mitbegründer von „Ökologisch Wirtschaften“, engagierten sich immer schon für mehr Regionalität und einen ökologischeren Umgang mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen Pellworms. So sollte u.a. der absurde Milchtourismus zur Molkerei in Oldenburg/Hst., der 1987 durch die Schließung der Pellwormer Meierei entstanden war, wieder beendet werden. Außerdem strebten die Bio-Bäuerinnen und Bauern mit der Wiedereröffnung einer Meierei auf Pellworm die getrennte Verarbeitung ihrer Milch zu

Ökoprodukten an. Unkenrufen und Schwierigkeiten von unterschiedlichsten Seiten zum Trotz, erregte man Aufmerksamkeit und Interesse. Interesse auch bei einer finanzkräftigen Familie mit Verwandtschaft auf Pellworm und Bezug zum Milchhandwerk.

Die Möllgaards

Die persönlichen Zusammenhänge und die Überlegung, daß das Molkereiprojekt mit einem durchdachten Marketingkonzept durchaus erfolgreich sein könnte, veranlaßten Detlef Möllgaard, Geschäftsführer der Meiereivermarktungsgesellschaft „Gut von Holstein“, und seine Tochter Birgit, Molkereifachfrau, zum Kauf der Meierei. 1994 wurde sie unter der Leitung von Birgit Möllgaard wiedereröffnet. Die Bedingung der Bio-Bäuerinnen und Bauern, die zum Teil finanziell an der Meierei beteiligt sind, eine Bioverarbeitungsschiene einzurichten, wurde erfüllt. Einmal in der Woche verarbeitete die Meierei die gesamten rund 750 000 l Milch der 4 ökologisch wirtschaftenden Milchviehbetriebe zu Frischprodukten. Die Bäuerinnen und Bauern verkauften der Molkerei die Milch zum konventionellen Preis und kauften die fertige Butter, Quark etc. wieder zurück. Die Vermarktung ihrer Produkte lag, bis auf die von der Meierei mitübernommene Logistik, in ihrer eigenen Hand. Es wurde eine Erzeugergemeinschaft gegründet und ein Vermarkter eingestellt.

Inselmilch

Die Biomilchverarbeitung war für die Meierei immer nur ein Nebenbeigeschäft. Hauptsächlich wurden die 7 Mio. l konventionelle Pellwormer Milch in, mit einem ansprechenden Design versehene, Schlauchbeutel abgefüllt und in Supermärkten auf der Insel und dem Festland verkauft. Die Vermarktung der, als „naturbelassen, da fernab industrieller Regionen unter naturnahen Bedingungen erzeugt“ angepriesenen Inselmilch wurde zum Erfolg. Nicht zuletzt aufgrund des immer grüner werdenden Images Pellworms war dieser Schluß möglich: Pellwormer Inselmilch von der Ökoinsel Pellworm ist gleich Pellwormer Ökomilch. Zumal die gesamte echte Pellwormer Ökomilch ja verarbeitet wurde, also nie neben der Inselmilch im Ladenregal auftauchte. Dies war bewußt so eingerichtet worden, um sich nicht gegenseitig Konkurrenz zu ma-

chen. Allerdings war eine Vermischung, zumindest aus Sicht der Erzeugergemeinschaft, auch nicht erwünscht gewesen.

Kommunikation und Verständnis

Nicht nur an diesem Punkt begannen Spannungen das Verhältnis zwischen Erzeugergemeinschaft und Meierei zu belasten. Die Bio-Bäuerinnen und Bauern bemängelten wiederholt die schwankende Qualität der hergestellten Produkte sowie Probleme mit der Logistik. Neben schlechter Butter und falsch abgelieferten Paletten hat es aber noch Schwierigkeiten von ganz anderem Format gegeben. Es fehlte an Verständigung und Erfahrung, darüber sind sich beide Seiten einig. Ansonsten spricht Birgit Möllgaard von Mißverständnissen, Steffen Reese, der damalige Vermarkter der EZG, von einem zu geringen Verständnis der Meierei für die ökologische Landwirtschaft. Nachdem sich die Probleme auch durch eine größere Einbindung der Bäuerinnen und Bauern in die Verarbeitung nicht beseitigen ließen, beendete die EZG die Zusammenarbeit im Bereich Bioverarbeitung mit der Molkerei Ende September 1996. Ihre Milch kommt nun zum konventionellen Preis in den Pellwormer Inselmilchtopf.

Nicht aufgeben

Viel Kraft und Engagement war in das Projekt geflossen und entsprechend gedrückt war zunächst die Stimmung bei den Bäuerinnen und Bauern. Der Vermarkter war nicht mehr zu finanzieren und mußte entlassen werden. „Die Luft war raus“, so Hans-Momme Petersen, einer der Bio-Bauern, „aber wir wollen versuchen, wieder in Gang zu kommen.“ Seine Erkenntnis ist, daß es ohne organisatorische und finanzielle Hilfe von Gemeinde, Land oder Europa nicht läuft. Deshalb gehen die Bestrebungen nun dahin, eine von außen finanzierte Verarbeitungskraft in der Molkerei zu etablieren. Denn ein Zurück zur handwerklichen Hofverarbeitung ist mittlerweile aufgrund der größeren gewordenen Mengen und der veränderten, rechtlichen Auflagen kaum noch möglich. So muß ein neuer Anfang in der Meierei möglichst bald gelingen, auch um die finanziellen Einbußen der Bäuerinnen und Bauern in Grenzen zu halten. Nicht zuletzt deswegen bleibt zum Resignieren und Aufgeben keine Zeit. ei

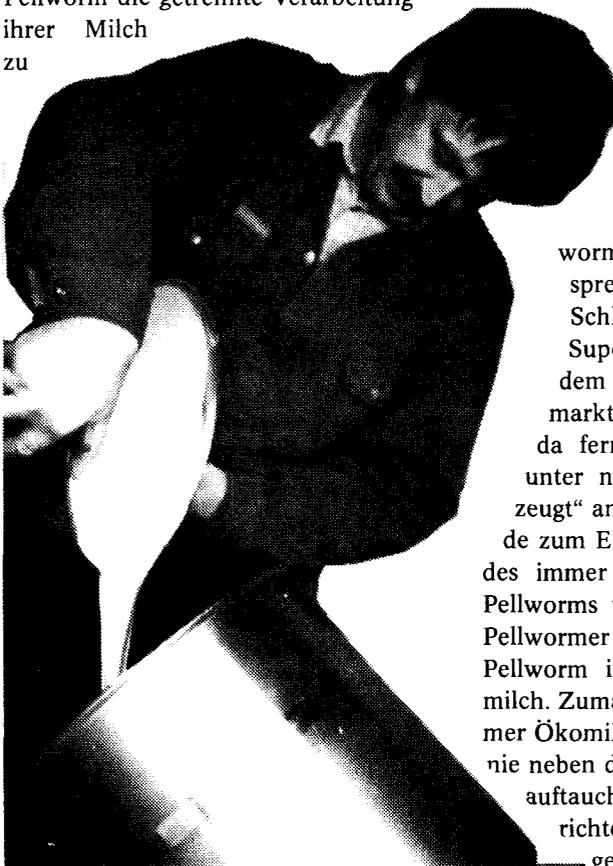


Es war einmal ... die Zeiten dieses Joghurtetiketts sind erstmal vorbei.

ÖKORING-Messe

Ein Wochenende auf dem Bioland-Ferienhof auf Pellworm ist der 1. Preis für die piffigste Bio-Kartoffel-Direktvermarktungsidee in Niedersachsen. Es ist zu gewinnen auf der ÖKORING-Messe zum Bio-Landbau am 6.3. in der Stadthalle Walsrode. Rund 40 Aussteller aus den Bereichen ökologischer Pflanzenbau, ökologische Tierhaltung, Direktvermarktung, Anbauverbände und Beratung präsentieren neue Produkte und informieren über die aktuellsten Entwicklungen auf dem Bio-Markt. Veranstalter: ÖKORING Niedersachsen e.V. ☎ 05161/8044, Fax 05161/71553

Foto: Der Pellwormer Bio-Bauer Jens-Uwe Jensen bei der Quarkherstellung



Backwaren-Konzentration

Die Wendeln-Gruppe baut ihre führende Position am deutschen Brot- und Backwarenmarkt durch die Übernahme der bisher in US-Besitz befindlichen Großbäckerei Weber weiter aus. Wendeln kommt jetzt mit Marken wie „Wendeln, Paech, Scherpel, Hess, Dahli, Areso, Weber, Golden Toast und Jaus“ auf einen Jahresumsatz von 1,65 Mrd. DM und übernimmt auch die Belieferung von McDonalds. Die Weber-Gruppe hatte außerdem in etlichen Regionen ein Filialnetz von Bäckereien aufgezogen, unter Namen wie „Nur hier“, „Kamps“, „Stefansgebäck“, „LeckerBäcker“ oder „Klemme“. Diese 500 Shops werden übernommen von der neugegründeten BBG-Bäckerei-Beteiligungsgesellschaft, an der die bisherigen Geschäftsführer der einzelnen Bäckereiketten Anteile halten, die Mehrheit liegt jedoch bei der Firma Apax und dem Oetker-Bankhaus Lampe. Die zunächst vermutete Beteiligung der Südzucker AG kam offensichtlich nicht zustande. Die Südzucker/Schöller-Gruppe übernahm aber die Mehrheit der Firma Freiburger, Europas größtem Pizza-Hersteller mit Produktion für Oetker, Wienerwald, Handelsmarken, „Käfers“ sowie den Eigenmarken „Erno's“ und „Alberto“. en

Annuss an Löblein

Fünf Kernbetriebe des in Konkurs gegangenen Fleischkonzerns Annuss sind für 40 Millionen DM von der Firmengruppe der Fleischverarbeiters Löblein/Bamberg übernommen worden. Der ehemalige Südfleisch-Manager Löblein baute nach der Wende rasch ein Fleischimperium im Osten auf, mit 13 Fleischverarbeitungsbetrieben und drei großen Agrar- und Tierzuchtbetrieben mit 3.600 Sauen, 18.000 Mastplätzen, 250 Milchkühen und 7.500 Hektar. Ziel Löbleins ist der Aufbau einer eigenen Produktionskette von Pflanzenbau und Tierproduktion bis hin zur Fleischwarenherstellung.

Jetzt kommen die Fleisch- und Schlachtbetriebe in Kiel, Unna, Berlin, Rödermark/Frankfurt und vor allem der mit erheblichen öffentlichen Mitteln neugebaute Schlachtbetrieb in Teterow hinzu. Für die damals 63 Mio. DM teure Anlage (davon 20 Mio Fördermittel) bezahlte Löblein jetzt angeblich nur 16 Mio DM. Damit steigt Löblein endgültig mit einem auf 1,2 Milliarden DM verdoppelten Umsatz unter die Großen der Branche auf: nämlich Norddeutsche Fleischzentrale, Moksel, Südfleisch und Westfleisch.

Vom Rest des früheren Annuss-Konzerns übernimmt Annuss junior den Schlachthof in Niebüll. Der Zerlegebetrieb in Hamburg wird ebenso geschlossen wie der Betrieb in Waiblingen. Einen weiteren Ex-Annuss-Schlachthof in Husum übernahm die dänische Vestjyske-Gruppe. Die Annuss-Schlachthöfe in China, in der Ukraine, Rußland und Rumänien haben noch keinen Käufer gefunden. en

Altlasten aus Intensiv-Gartenbau

Bei der Umstrukturierung alter Gewächshausgebiete in Holland müssen hunderte Mio. Gulden zur Sanierung der Böden aufgewendet werden. Wie das Zentrum für Landbau und Umwelt feststellte, sind vor allem die Sohlen der Gräben und Vorfluter mäßig bis ernsthaft mit Altlasten aus der früheren Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, mit Schwermetallen aus Düngern sowie mit polyaromatischen Kohlenwasserstoffen aus nichtlandwirtschaftlicher Herkunft verunreinigt. Die Sanierungskosten in Höhe von 140.000 bis 330.000 DM je Hektar sollen aus einem Sanierungsfonds bezahlt werden. en

Phosphatvorräte gehen zur Neige

Der Landwirtschaft gehen allmählich die Reserven an Phosphat aus. Wenn der Verbrauch weiter so steigt wie bisher, sind die bekannten Lagerstätten in weniger als 100 Jahren erschöpft. Deshalb fordert der Gießener Agrarwissenschaftler Mengel nach einem Bericht der FAZ eine sparsamere und effizientere Nutzung des Rohstoffs: Ein großer Teil der Phosphate gehe durch Erosion verloren, zudem orientiere sich die Phosphordüngung oft an groben und falschen Richtwerten statt an Bodenuntersuchungsergebnissen. en

Überflüssig

Ein Fünftel der im Jahre 1995 im Auftrag der EU-Kommission erstellten Studien war nach Ansicht des europäischen Parlaments überflüssig. Gekostet haben die Studien 150 Mio. Mark. en

KURZES AM RANDE

Ohne Ethik und Moral

Evangelisches Bauernwerk legt Stellungnahme zur Gentechnik vor

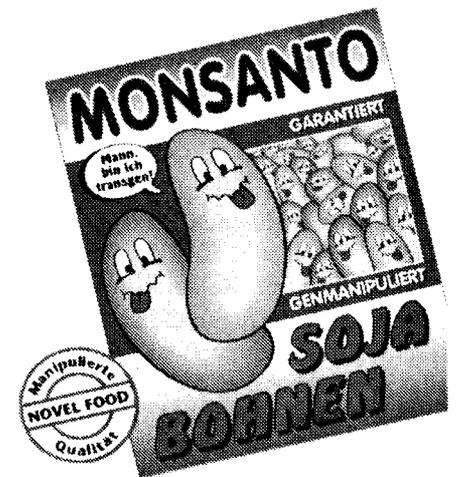
Gegen die Anwendung gentechnischer Verfahren in der Landwirtschaft und bei Lebensmitteln wendet sich das Ev. Bauernwerk in Württemberg in einer Stellungnahme, die kürzlich auf einer Delegiertenversammlung mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde. Das Bauernwerk will mit dieser Stellungnahme „Mut machen und zum Nachdenken anregen“.

Die zunehmende praktische Erfahrung mit gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren sowie Lebensmitteln verstärkt die Bedenken zahlreicher Bäuerinnen und Bauern. In der Forschung sieht das Bauernwerk das ethische Kriterium der „umfassenden Sorgfalt“ nicht mehr gegeben. In der Diskussion um die Gentechnik werde verschleiert, daß wirtschaftliche Interessen und nicht der Nutzen ausschlaggebend seien. Ethik und Moral würden durch eine „Soziologie der Akzeptanz und die Erforschung von Trends“ ersetzt.

Eine extra für die Stellungnahme eingesetzte Arbeitsgruppe sammelte Beispiele für unvorhersehbare unerwünschte Nebeneffekte gentechnisch veränderter Lebewesen und Nahrungsmittel. Das ökologische Verhalten veränderter Pflanzen, so die Resultate, seien nicht vorhersehbar. Schädlinge entwickelten Resistenzen und veränderte Nahrungsmittel lösten Allergien aus. Darüber hinaus stellten neue Stoffwechselprodukte der veränderten Lebewesen in der menschlichen Nahrung unkalkulierbare Risiken dar. Die Gentechnik überschreite Grenzen, mische

und vereinheitliche Arten und verändere deren Zeitfaktor. Es gäbe kein Zurück, wenn diese Lebewesen einmal freigesetzt würden. Auch sozialverträglich seien Produkte nicht, weil eine bäuerlich strukturierte Landwirtschaft einer zunehmend monopolisierten Saatgut- und chemischen Industrie gegenüberstehe. Ferner kämen die Veränderungen an den Pflanzen nicht der Qualität, sondern ausschließlich den Bedürfnissen der Verarbeitungsindustrie zugute – so die Arbeitsgruppe.

Einen breiten Rahmen in der Kritik stellte der theologische Teil dar, wo unter anderem gefordert wird, daß ein gesellschaftlicher Diskussionsprozeß sich nicht ausschließlich an wirtschaftlichen Standortdebatten orientieren dürfe, sondern auch ethische Fragen berücksichtigen müssen.



Mit diesen und ähnlichen Motiven setzt sich die Ökologisch-Demokratische Partei gegen Gen-Food ein.

„Pommes-Matsche“

Der Landkreis Oldenburg ermittelt gegen den Pommes-frites-Giganten Stöver-Produktion-GmbH aus dem niedersächsischen Wildeshausen: Die Firma Stöver soll 1995 etwa 1.000 Tonnen Klärschlamm ungenehmigt und ohne Inhalts-Untersuchung auf Äcker und Wiesen ausgebracht haben. Das berichtet die Zeitung „Focus“ unter der Überschrift „Pommes-Matsche“.

Der Agrarindustrielle Reinhold Stöver betreibt in Südoldenburg, Südniedersachsen, Thüringen, Mecklenburg und in der Magdeburger Börde den Kartoffelanbau auf mehr als fünfzehntausend Hektar in Eigenregie und vor allem im Vertragsanbau. Außerdem mädet Stöver in Oldenburg jährlich 12.000 Schweine und hat nach der Wende zusätzlich noch eine Mastanlage bei Magdeburg für 13.000 Schweine übernommen. Das Unterneh-

men macht so mit „Agrarfröst“-Pommes-frites, Chips und Gastronomiebelieferung jährlich 700 Mio. DM Umsatz, man beliefert auch McDonalds.

Ein Stöver-Sprecher machte mittlerweile einen Subunternehmer für die falsche Entsorgung des Klärschlammes verantwortlich. Ein Klärschlammkandal könnte die Vermarktung Stövers empfindlich stören: Stöver wirbt z.B. in der Lebensmittelzeitung für seinen „kontrollierten Kartoffelanbau“ mit dem Hinweis auf seine „strengen Erzeugungs- und Qualitätsrichtlinien“ und seine „Überwachung der Dünge- und Pflegemaßnahmen“. Zitat: „Unsere Vertragslandwirte werden von unseren Agraringenieuren ständig intensiv betreut und nach neuesten Fach- und Umwelterkenntnissen beraten“. Fragt sich nur: Wer überwacht, berät und betreut Stöver? en

Bauer Kuhnen, die Kuh Schwalbe und die Milka-Werbung



Kuh is Kuh: Schwalbe, Plastik-Kuh, schweizerische, österreichische, bayrische Kuh oder nur gemalt?

Sie war die allererste Milka-Kuh, die Fleckvieh-Kuh „Schwalbe“ des Bauern Kuhnen im Schweizer Simmental, von der das ZEIT-Magazin kürzlich berichtet hat: Schwalbe hatte gleichmäßig geschwungene Hörner, eine breite, wuschelige, weiße Stirn, ein großes Euter und sie war zudem gutmütig – deshalb wurde sie im Juni 1984 von einem Filmteam als Hauptakteurin für die Milka-Werbepots ausgesucht.

Vor den Dreharbeiten wusch Bauer Kuhnen seiner Kuh „alle Mistkrusten vom milchkaffeebraunen Fell, legte ihr eine extra dicke Lage Stroh in den Stall, damit sie nicht wieder dreckig würde, und fütterte sie, bis ihr Bauch prall und stattlich war.“ Er redete ihr auch beruhigend zu, wenn sie auf einer Seite mit lila Theaterfarbe angesprüht wurde. Das war auch nötig, denn das Filmteam sprühte zusätzlich das Gras mit Lebensmittelfarbe grüner. Und wenn Schwalbe dann schwitzte, rutschte die Schablone für den „Milka“-Schriftzug runter, so daß die Beschriftung an manchen Drehtagen eineinhalb Stunden dauerte.

Für jeden Dreh bekam Werner Kuhnen immerhin zwischen 500 und 800 Schweizer Franken. Danach bürstete er Schwalbe die Farbe aus dem Fell und brachte sie wieder heim in den Stall. Schwalbe blieb an allen Drehtagen ruhig und rannte nur einmal davon, als sie stundenlang mit einem Blumenkranz am Hals drapiert wurde.

So wurde Schwalbe zur berühmtesten Kuh der ganzen Schweiz, die bald sogar Touristen anzog. Als sie jedoch 1991 im Alter von 12 Jahren kein Kalb mehr bekam, beschloß Bauer Kuhnen, seine Kuh zu schlachten. Als die Presse dies mitbekam und darüber berichtete, da schickten unzählige Tierschützer wütende Brief ins Simmental und bezichtigten Kuhnen in Dauertelefonaten sogar als Ausbeuter und Tierquälter: „Dieser Vorwurf unterpülte das Fundament seines bäuerlichen Lebens. Morgens stand er früh auf zum

Melken, jeden Sommer ging er mit den Kühen auf die Alm, und wenn eine kalbte, verbrachte er die halbe Nacht im Stall. Seit vierzig Jahren. Aber ein Tier bleibt für ihn ein Tier.“

Die Stadtmenschen, die ihm am Telefon erzählten, wie man Kühe behandeln muß, verletzten sein Gerechtigkeitsempfinden: „Ich hab doch meine Tier lieb. Wenn man jedes Mödli von einer Kuh kennt und muß die wegtun, dann tut das fast so weh, wie wenn eins aus der Familie geht.“ Auf das Angebot eines süddeutschen Freizeitparks, Schwalbe zu kaufen, ging Kuhnen nicht ein: „Im Tierpark wäre Schwalbe eingegangen, sie ist doch in den Bergen aufgewachsen.“ Schließlich nutzte der PR-Chef des Milka-Herstellers Jacobs-Suchard die Situation für einen neuen Werbegag und zahlte monatlich 400 DM Rente für Schwalbe, bis diese nach zwei Jahren an Arthrose erkrankte und geschlachtet wurde.

Unterdessen aber stand schon lange eine neue Milka-Kuh Modell für die Werbeaufnahmen: bei einem anderen Bauern auf einer anderen Alm, mit lila Milka-Lift, Milka-Piste und einer lebensgroßen Plastik-Kuh vor dem Fremdenverkehrsverein. Aber auch dieser Milka-Kuh war nur kurze Aufmerksamkeit sicher: Die übernächsten Milka-Werbepots wurden dann in Österreich gedreht, mit einer dortigen Kuh. Und die Aufnahmen für den letztjährigen Weihnachts-Spot drehte die Werbeagentur dann sogar in Argentinien, weil dort im Sommer Schnee liegt. Und die Kuh wurde fernab in einem Hamburger Studio gefilmt und stammte aus Bayern, weil die Einfuhr eines Schweizer Rinds einen „riesigen Heckmeck mit dem Zoll“ gegeben hätte.

Über der Eckbank in der Küche von Familie Kuhnen hängt immer noch ein Bild von „Schwalbe“ mit ihrer Tochter „Heimat“. „Sie war schon eine stolze Kuh“, zitiert die ZEIT den Bauern und meint zu seinen Erfahrungen mit der Milka-Werbung: „Gleichmütig und gottergeben hat

er der lila Welle standgehalten, die seinen Hof umspült hat.“ Werner Kuhnen selbst faßt seine Erfahrungen mit Werbeleuten und Tierschützern so zusammen: „Es ischt mehr Menschenwahnsinn wie Rinderwahnsinn.“ en

Wasserbett für Kühe

Wasserbetten für Kühe werden demnächst in den Niederlanden angeboten. Die Herstellerfirma Dunlop-Enerka verspricht für 270 DM pro Bett ein besseres Wohlfühl und eine höhere Milchleistung der Kühe. en

KURZES AM RANDE

Katzenmilch für 7 Mark

Katzenfreunde sind tatsächlich bereit, für einen Liter Milch 6,95 DM auszugeben. Wie das Bauernblatt berichtet, bietet der Effem Konzern unter der Marke „Whiskas- Milk plus“ eine lactosereduzierte Milch an, der lediglich Vitamine, Eisen und die Aminosäure Taurin zugefügt sind. Die Fünftelliter-Packung kostet 1,39 DM und wird tatsächlich gekauft. Es wäre zu wünschen, daß Frauchen bzw. Herrchen ihrer eigenen Milchmahlung die gleiche preisliche Wertschätzung bezeugen. en

„Piss-off“

Hunde, die Blumenbeete mit einer Toilette verwechseln, sollen jetzt mit einer speziellen Pflanze abgeschreckt werden. Wie die Gartenbau-Zeitung taspo meldet, vermarktet ein irisches Unternehmen ein Gewächs mit der botanischen Bezeichnung *Coleus canina* unter dem treffenden Handelsnamen „Piss-off“ (auf deutsch: „Verpiß dich“). Andere Pflanzen unter Bezeichnungen wie „Cat-off“ (Katze weg), „Buzz-off“ (Hau ab) oder „Ant-off“ (Ameise verschwinde) runden das Sortiment ab. Bleibt nur zu hoffen, daß nicht bald eine Neuzucht-Pflanze namens „Cow-off“ auswildert und sich auf dem Grünland ausbreitet. en

Landmaschinen für Kinder

Der Landwirt Roland Thomsen aus Norstedt/Nordfriesland hat mit seiner Firma „Rundhoff junior“ Landmaschinen für Kinder konstruiert, die wirklich wie echte Maschinen funktionieren. Den einfachen Tret-Trecker der Kleinen hat er mit einer Hydraulik ausgestattet, woran eine Wiesen-schleppe, Silagegabel oder Kulturegge angebracht werden können. Nur bei Mähwerken war Thomsen vorsichtig – die arbeiten nur „symbolisch“. Ansonsten aber können die jungen Hobby-Bauern wirklich sehen, wo und wie sie den Boden mit ihrem Traktor „beackert“ haben. en

Verzicht auf Hitparadenplatz

Der weltweit mit Abstand größte Einzelhändler, die US-Firma Wal-Mart mit ca. 100 Mrd. Dollar Jahres-Umsatz, eroberte die internationalen Hitparaden und warf die erfolgreichen Tonträger dennoch aus seinen Läden. Grund: Nicht Wal-Mart besang seine eigenen Leistungen, sondern in einem Lied der Sängerin Sheryl Crow (bei uns Platz eins der Hitparaden mit „All I Wanna Do“) hieß es im Text „Achte auf unsere Kinder, wenn sie sich gegenseitig mit einer in Wal-Mart gekauften Pistole umbringen“. Der Rauschschuß bei Wal-Mart bedeutete für die Sängerin einen geschätzten Absatzverlust von 400.000 Alben. In den USA ist Wal-Mart als „Händler-Killer“ gefürchtet, der mit tiefen Preisen alteingesessenen Läden Kunden abjagt. In jüngster Zeit erobert „Wal“ China.

Stellenwert von Landwirtschaft in ländlichen Regionen

Am Beispiel der Landkreise Emsland und Werra-Meißner haben Wissenschaftler verschiedener Disziplinen untersucht, wie sich ländliche Regionen verändern: hinsichtlich des Stellenwertes der Landwirtschaft, der Veränderungen innerhalb des Agrarkomplexes, der „Faktormobilität“, der Lebensqualität, der Umweltwirkungen und der Folgekosten sowie hinsichtlich der Ursachen und Handlungsmöglichkeiten.

Viele Ergebnisse der Studie überraschen nicht, sondern bestätigen in beiden Landkreisen in unterschiedlicher Ausprägung bekannte Sachverhalte und An-

sätze hinsichtlich der Prognose zunehmender Arbeitslosigkeit, der Ausgestaltung der Gewerbeförderung, der Infrastrukturprobleme, der abnehmenden Rolle der Landwirtschaft, der Wachstums-; Intensivierungs- und Abwanderungstendenzen in der Landwirtschaft. Noch recht vage bleiben Ansätze im Bereich Umwelt- und Naturschutz, Landschaftspflege und neuen Einkommensmöglichkeiten.

Besonders eindrucksvoll und informativ sind Interviews, die Oberbeck und Oppermann mit Landwirten zur Akzeptanzkrise der Landwirtschaft geführt ha-

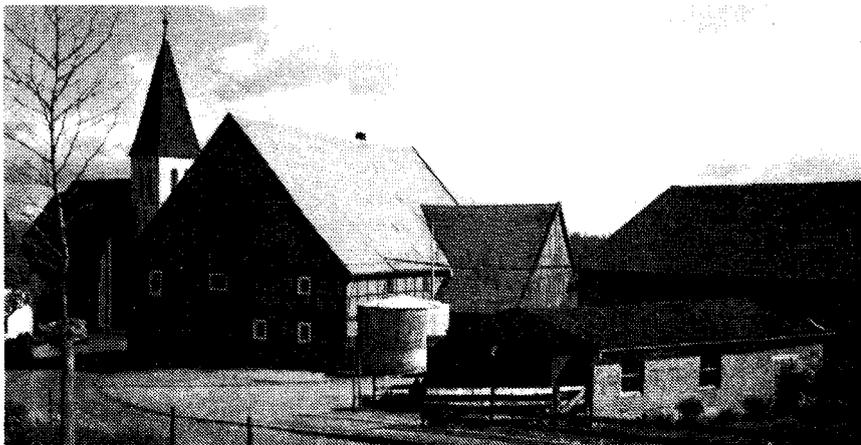
ben: Die Bauern sehen sich einer zunehmenden und alltäglichen Kritik durch die dörfliche Bevölkerung ausgesetzt – wegen der Umweltbeeinträchtigungen der Intensivlandwirtschaft bzw. der als Belästigung empfundenen landwirtschaftlichen Tätigkeiten. Die meisten Landwirte fühlen sich im Dorf zunehmend an den Rand gedrängt, sind oft verbittert oder resigniert. Obwohl sie die – oft überzogenen – Vorwürfe teilweise bzw. dem Prinzip nach nachvollziehen können, sehen sie unter den bestehenden wirtschaftlichen, strukturellen und agrarpolitischen Verhältnissen kaum Anpassungsmöglichkeiten: weder in der Hyper-Intensivierung noch in der Ökologisierung der Produktion. Damit wird die Brisanz dieser Akzeptanzkrise und „Entbäuerlichung des Dorfes“ für die Region, für die Bauern im Dorf und letztlich auch für die Existenz der Höfe besonders deutlich, ebenso die Notwendigkeit praktikabler Lösungswege.

en
Ländliche Regionen im Kontext agrarstrukturellen Wandels. Entwicklung und Potentiale. Hrsg. von F. Isermeyer und M. Scheele, Wissenschaftsverlag Vauk Kiel; 1995, 321 S. 68 DM

Zur Besprechung rechts: H. Pongratz: Die Bauern und der ökologische Diskurs. Befunde und Thesen zum Umweltbewußtsein in der bundesdeutschen Landwirtschaft. Profil-Verlag München, 300 S. 1993. 30 DM (statt bisher 45 DM) Zu beziehen im ABL Bauernblatt Verlag.

Die Bauern und die Öko-Debatte

Die Diskussion um ökologische Auswirkungen und Anforderungen in bezug auf die Landwirtschaft nicht als Bedrohung zu begreifen, sondern als Chance, dazu will Hans Pongratz mit seinem Buch „Die Bauern und der ökologische Diskurs“ einen Beitrag leisten. Viele Bauern fühlen sich von der Industriegesellschaft benachteiligt, erleben die Umweltkritik als erneute Zumutung und sehen sich zum Buhmann der Nation gestempelt. So das Ergebnis der von Pongratz durchgeführten Interviews mit Bauern. Vor diesem Hintergrund zeigt der Autor Möglichkeiten auf, die Ökologie in der Landwirtschaft nicht gegen, sondern mit der bäuerlichen Bevölkerung umzusetzen. Pongratz fordert grundlegende Änderungen im Verhältnis von Landwirtschaft und Gesellschaft und eine ökologisch orientierte Agrarpolitik. Die könne weder die industrialisierte Landwirtschaft noch die schnelle und umfassende Umstellung auf den Öko-Anbau oder die bloße Tätigkeit als Landschaftspfleger sein. Für diesen Änderungsprozeß sind die soziale Anerkennung und die Beteiligung der Bäuerinnen und Bauern erforderlich. Eine mit sensiblem Verständnis für die Bäuerinnen und Bauern geschriebene und leistungswerte Studie.



Für den Volksmund unstrittig, daß die Kirche ins Dorf gehört. Viele Bäuerinnen und Bauern fühlen sich da mit ihren Höfen in ihrer Umgebung nicht mehr so sicher. (Foto: Klein)

LESERBRIEFE

Wie denn, wenn nicht so?

Leserbrief zum Kommentar „So nicht, Herr Apel“ in Bauernstimme Nr 185

Gerd Kattenstroht schreibt „So nicht Herr Apel“. „Wie denn?“ muß ich mich fragen, angesichts der Tatsache, daß der Deutsche Bauernverband, der immerhin das Sprachrohr von 90% der deutschen Bauern ist, sich zu einem ethisch moralisch verwerflichen Plan wie der Einführung der Herodesprämie monatlang nicht äußert. Erst Tage nachdem unzählige neugeborene deutsche Kälber auf dem Umweg über Frankreich in der gutbezahlten Abfallbeseitigungsmaschinerie verschwunden sind und die Bundesbürger sich empört haben, hat er den freiwilligen Verzicht auf diese Prämie angekündigt.

Diejenigen Landwirte, denen ich – ebenso wie andern Interessensgruppen – die offensichtlich ausschließliche Orientierung am Gewinn vorwerfe, haben sich über die Festsetzung der Herodesprämie nicht empört. Auch nicht über diejenigen, die diese Prämie, die in Deutschland nicht ausgelobt wird, in Frankreich abkassieren. Nein, Empörung hat erst mein Boykottaufruf ausgelöst. Damit habe ich

diese Landwirte, die das Leiden neugeborener Kälber nicht wachgerüttelt hat, offenbar empfindlich getroffen.

Anstatt mir nun vorzuwerfen, ich würde ihnen durch meinen Verbraucherappell noch mehr Probleme bereiten, sollten sie endlich aktiv werden und ihre wahren Probleme angehen. Dazu gehört z. B. ihre Lobby, der Bauernverband, der endlich gezwungen werden muß, sich klar für eine Umkehr in der menschen- und tierfeindlichen Agrarpolitik einzusetzen. Oder sie müssen Konsequenzen ziehen wie es die NEULAND-Bauern tun, die eine artgerechte und umweltschonende Tierhaltung umzusetzen. Die Verbraucher wissen sehr wohl zu unterscheiden, von wem sie ihr Rindfleisch beziehen. NEULAND-Bauern sind von meinem Boykottaufruf überhaupt nicht betroffen und sollten auch nicht zur Untermauerung verdrehter Argumente mißbraucht werden.

Wolfgang Apel,
Deutscher Tierschutzbund

Wir waren weder adelig noch Kriegsverbrecher

Leserbrief zu „Bauernland wieder in Junkerhand?“
in Bauernstimme Nr. 161

Ich bin seit vielen Jahren Leserin der Bauernstimme. Ich habe einen Forstbetrieb und interessiere mich für Landwirtschaft. Heute fiel mir der Artikel Nr. 161 vom Oktober 1994 in die Hände. Ein sehr polemischer Artikel, der die Enteignungen zwischen 1945 und 1949 als richtig anerkennt, weil Adel und Kriegsverbrecher, die Besitzer des enteigneten Landes waren, bestraft werden müssen.

Auf diesen Artikel antworte ich mit einem Leserbrief, denn wir waren weder adelig noch Kriegsverbrecher.

Seit zwei Jahren weiß ich erst, daß mein Großvater enteignet wurde, weil er Kriegsverbrecher gewesen sein soll! Mein Großvater ist aber bereits 1936 gestorben! Daran sieht man, wie willkürlich damals vorgegangen wurde. Dabei sollte man auch an die vielen Gutsbesitzer denken, die einfach umgebracht wur-

den oder in Hungerlagern umkamen. Viele dieser Unschuldigen sind inzwischen von der russischen Föderation rehabilitiert worden und sollen ihren Besitz wieder bekommen.

Wir sogenannten Alteigentümer fordern ja nicht das inzwischen von Bauern besiedelte Land zurück, das wäre ja wieder eine schlimme Enteignung, sondern das Land, das der „Unrechtsstaat DDR“ an sich gerissen hat, und das vom „Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland“ übernommen wurde und jetzt von der BVVG, der Nachfolgeorganisation an Meistbietende verhökert wird. Wir Alteigentümer dürfen unser geraubtes Land zurückkaufen!

Inge Trott, 51515 Kürten

Aus der Region für die Region

Regionalentwicklung und vor allem der Aspekt Eigenständige Regionalentwicklung liegt voll im Trend. Unter dem Motto „Aus der Region für die Region“ gibt es eine Vielzahl von Initiativen/Projekten mit zum Teil schon jahrelangen aber auch unterschiedlichsten Ansätzen und Erfahrungen. Neben der Betrachtung ganz konkreter Projekte wird eines immer wieder deutlich: Der Wunsch nach Regionalentwicklung kann gleichzeitig Hoffnung und Enttäuschung sein. Einerseits die berechtigte Hoffnung auf die Stärkung der ländlichen Räume, wenn sich der Blick auf die kleinen und zuweilen auch beachtlichen Erfolge richtet. Und andererseits die Einsicht in die Begrenztheit der tatsächlichen Wirkung, die unter den gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als fast aussichtsloser Kampf gegen die „Dampfwalze“ Globalisierung erscheint. Das Heft arbeitsergebnisse Nr. 36 der AG Ländliche Entwicklung an der Gesamthochschule Kassel trägt auch den Titel „Aus der Region für die Region“ und will diese unterschiedlichen Betrachtungsebenen in verschiedenen Beiträgen verdeutlichen. Mit Beiträgen von vier VertreterInnen ausgewählter Initiativen (Brucker Land; Bauernmärkte Soltau-Fallingbostal; Winzergenossenschaft; Landschaftsplan Stephanskirchen) der Regional-Tagung von AbL und KLJB in Münster im Herbst letzten Jahres will das Heft „ein kleines Schaufen-

ster in verschiedene Regionen und Facetten der praktischen Bewegung sein. Ein Beitrag von Andrea Fink-Keßler benennt darüber hinaus, auf der Ebene der institutionalisierten Regionalentwicklung über öffentliche Auftraggeber, u. a. ein Dilemma: Zeit- und Erfolgsdruck von Prozessen, die sich nicht das Schema von Bewilligungszeiträumen für Fördermittel pressen lassen.

Mit Blick auf weitere Perspektiven nennt Onno Poppinga u. a. die Notwendigkeit einer Neubestimmung und Ansatzpunkte für eine Agrarpolitik, die tatsächlich an der Region ansetzt.

Bezug des Heftes siehe untenstehenden Coupon.

NRW Hanftag

Zum NRW Hanftag im Herbst letzten Jahres ist jetzt die Tagungsdokumentation „Hanf 1996 – Wiederkehr einer Kulturpflanze“ mit sämtlichen Referaten (u. a. Prof. Bocsa Ungarn; Firma HempFlax, Niederlande; M. Karus, Nova-Institut) und wesentlichen Aspekten aus der Diskussion erschienen, herausgegeben vom Hanf-Verein und der Landwirtschaftskammer Westfalen Lippe (Haus Düsse). Das Heft (DIN 4, ca. 50 S.) ist zu beziehen für 10 DM bei: Haus Düsse, 59505 Bad-Sassendorf/Ostinghausen ☎ 02945/9891

Bestellcoupon für Leitbilder

Ich bestelle:

- | | | |
|---|-------|----|
| Expl. Kritischer Agrarbericht 97 (Einzelpreis 36,00 DM) | _____ | DM |
| Kritische Agrarberichte im Paket zum Sonderpreis siehe AbL-Drucksachen hier oben rechts die Ausgaben der Jahre _____ | _____ | DM |
| Expl. Much, Kraut und Rüben, Cartoons zur Landwirtschaft, 29,80 DM | _____ | DM |
| Expl. Die Wissenschaft und die Bauern, 29,80 DM | _____ | DM |
| Expl. Kai Kreuzer, Biovermarktung, 39,80 DM | _____ | DM |
| Expl. Hanf Tagungsreader, 10 DM | _____ | DM |
| Expl. Postkarten 1 Set (8 Stck), 10 DM | _____ | DM |
| Expl. Postkarten 10 Sets a 8 Stck, 70 DM | _____ | DM |
| Expl. arbeitsergebnisse Nr. 35, Leitbilder, 9 DM | _____ | DM |
| Expl. arbeitsergebnisse Nr. 36, Regionalentwicklung, 9 DM | _____ | DM |
| Expl. Fl. eau de parfum <input type="checkbox"/> Conquest <input type="checkbox"/> moulin (zutr. ankreuzen) je 25 DM | _____ | DM |
| und außerdem: | | |

eine Bücher- und Hanfprodukte-Bestellliste (bitte ankreuzen)

Porto 4,- DM

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck

Summe _____ DM

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: AbL Bauernblatt Verlag-GmbH, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

AbL

DRUCKSACHEN

Kritische Agrarberichte

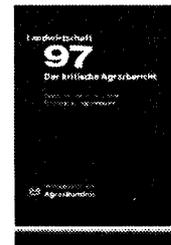
Landwirtschaft '93 - '97 Hrsg. vom AgrarBündnis

Den Zahlenwerken der Bundesregierung etwas entgegenzusetzen, selbst Bilanz ziehen, andere Schwerpunkte setzen und Perspektiven vorstellen. Die Kritischen Agrarberichte belegen, daß es trotz einer Politik pro Wachstumslandwirtschaft noch viele Menschen gibt, die für eine menschen-, tier- und umweltgerechte Landwirtschaft eintreten.

Ausgabe 97: 336 Seiten, DM 36,00; Ausgabe 96: 300 Seiten, DM 32,80; Ausgabe 95: 250 Seiten, DM 29,80; Ausgabe 94: 291 Seiten, DM 30,80; Ausgabe 93: 300 Seiten, DM 29,80; alle fünf Ausgaben 100 DM, vier Ausgaben DM 90,00, drei Ausgaben DM 75,00, jeweils zwei Ausgaben DM 55,00

BeissRein Aktionsbroschüre von AgrarBündnis und BUND

Naturschutz ist jedem möglich – täglich und mit jeder Mahlzeit. Viele Aktionsbeispiele und Initiativen werden vorgestellt. DIN A 4, 50 Seiten, DM 5,00



Reihe Wachstumslandwirtschaft und Umweltzerstörung

Band I, A. Brink und M. Baumgartner, 1989; 156 Seiten, DM 11,80

Band II, Beiträge mehrerer AutorInnen, 1990; 178 Seiten, DM 11,80

Die Zusammenhänge zwischen Umweltauswirkungen landwirtschaftlicher Produktion und Agrarstruktur und die Umweltwirkungen sogenannter moderner Produktionsverfahren werden untersucht.

Band III: Leguminosen – oder wie die Königin des Ackerbaus bei

der Wissenschaft in Ugnade fiel

Beiträge mehrerer AutorInnen, 1991; 158 Seiten, DM 16,00

Die Fähigkeit der Leguminose, Luftstickstoff zu binden, wird häufig in Verbindung gebracht mit der Nitratproblematik in Grundwasser und Oberflächengewässern.

Band IV: Lebendige Vielfalt – Biodiversität, Pflanzengenetische Ressourcen, Agrarkultur

Hrsg. von GRAIN und AbL, 1992, 192 Seiten, DM 22,80

Geschichte der Kulturpflanzen, ihre Sammlung und Erfassung; Pflanzengenetische Erosion als Folge der industrialisierten Landwirtschaft und Monopolisierung der Saatgutindustrie; kritische Bewertung des Genbankensystems und der Gentechnik, Alternativen zur bisherigen Entwicklung werden aufgezeigt.



„Reihe BauernWissenSchaft“

Band 1: Für eine Nachhaltige Landwirtschaft in Niedersachsen – Regionale Lösungen für regionale Probleme

Hrsg.: AG Ländliche Entwicklung, Kassel 1995; 280 Seiten, DM 32,80

Band 2: Die Wissenschaft und die Bauern, 29,80 DM

Band 3: Arbeit und Belastung bei Bäuerinnen; Vera Lasch, Kassel 1995, 270 Seiten, DM 38

Sonstige Veröffentlichungen und Materialien

Leitfaden zur Extensivierung der (Grün)landwirtschaft

Hrsg. von der Umweltstiftung WWF, 1992; 210 Seiten, DM 25,00

Schwerpunkte sind Grünlandextensivierung, Gülleproblematik und Vermarktung. Zusammenhänge der verschiedenen Handlungsebenen von der Kommunal- bis zur EU-Politik und vom Verbraucherverhalten bis zum ehrenamtlichen Naturschutz.

Die zwei Wege landwirtschaftlicher Reformen

Umweltverträgliche Produktion in bäuerlichen Betrieben oder Ausgleichspolitik, O. Poppinga und Götz Schmidt, 1986, 195 Seiten, DM 5,00

Bleibt auf dem Lande und wehret Euch täglich

Bauernblatt-Aufsätze von 1976-1983, 195 Seiten, DM 10,00

Much: Kraut & Rüben – Cartoons zur Landwirtschaft

Hrsg. von Franz Rest, Österreichische Bergbauernvereiniung; 135 Seiten, DM 29,80

Landwirtschaft – Materialien für Schule, Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit

Zu den vielfältigen Aspekten der Landwirtschaft (Strukturwandel, Betriebsstilllegung, soziale Lage) mit deutlicher Schwerpunktsetzung der Umweltauswirkungen gibt es eine Fülle von Informationen, didaktische Anregungen für Lehrkräfte sowie Arbeitsblätter für SchülerInnen. 128 Seiten, DIN A4, DM 48,00

Folienvorlagen EU-Agrarpolitik,

54 S. DIN A4, Lutz Ribbe, Stiftung Europäisches Naturerbe, 10 DM

Land nutzen – Natur schützen. Von der Konfrontation zur Kooperation

Beiträge einer Tagung der Ev. Akademie Baden und des NABU, 1995, 18,80 DM Das Kleinbauern Kochbuch; Schweiz 1994, 28 DM

Aufkleber

Bauernhöfe statt Agrarfabriken; DM 2,50; ab 5 Stück DM 2,00

AbL Aufkleber; DM 2,00, ab 5 Stück DM 1,50

Plakat

Bleibt auf dem Lande und wehret Euch täglich

DIN A2, schwarzweiß, DM 6,50

Alle Preise zzgl. DM 4,00 Versandkosten



Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,-

Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Rechnungsstellung erst ab DM 25,-. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste Nr. 1/95. Anzeigenbestellungen bitte schriftlich an: „Unabhängige Bauernstimme“, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

(Klein) ANZEIGEN**Hof und Arbeit**

● **Paar (33/32)**, beide Ausbildungen und mehrjährige Erfahrungen in: Landwirtschaft u. Milchviehhaltung, handwerklich Milchverarbeitung u. Direktvermarktung, sucht **Bio-Hof** (Gemeinschaft) zum Mitarbeiten. Gewünschte Arbeitsschwerpunkte: Milchviehhaltung, **Milchverarbeitung u. Vermarktung**. Bevorzugte Region: NRW, HE o. Rheinland. **Chiffre 2/97-1**

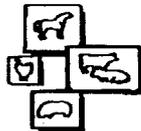
● **Stadt-Land-Projekt** sucht Menschen mit Kenntnissen im Bereich Gemüsebau/Landwirtschaft und Interesse an „ganz anderem“ **Leben & Arbeiten** auf einem Hof, 40 km von Bremen. ☎ 0421-705807 oder -706616

Tiermarkt

● Verkauft laufend beste **Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

TIERGERECHTER STALLBAU

Beratung, Planung und Betreuung durch
Unabhängiges Beratungsbüro
Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch
Telefon 0551 - 22731

**Bioland Z-Saatgut aus ökologischem Anbau**

- zusätzlicher Triebkrafttest
- bei frühzeitiger Bestellung auch andere Sorten lieferbar
- Hofanlieferung durch unseren Lieferservice

Sommerweizen: Devon, Hanno, Triso, **Wechselweizen:** Thasos, Tinos
Sommerroggen: Ovit, Sorom, **Sommergerste:** Alexis, Baronesse, Krona, Maresi, Hafer: Alfred, Gramena, Jumbo, Lutz, **Lupine:** Borsaja, Juno
Ackerbohne: Caspar, Condor, Hedin, Scirocco, **Nacktgerste:** Taiga
Erbse: Azur, Baroness, Bohatyr, Duell, Eiffel, Erbi

Öko-Korn Nord w.V., Wulfsoder Weg 5,
21386 Betzendorf (bei Lüneburg), ☎ 04138-388, Fax: 04138-1431

Ökolandbau: Landwirtschaft mit Zukunft!

bio-land –
die Fachzeitschrift für den
ökologischen Landbau,
sagt Ihnen,
was Sie schon immer
über die
Wirtschaftsweise
der Bio-Bauern
wissen wollten

- umfassend und praxisnah
- zweimonatlich
- für 48,- DM im Jahr



Ihr kostenloses Probeheft
liegt bereit bei:

Bioland e.V.
Nördliche Ringstr. 91
73033 Göppingen
Tel. 07161/91012-17
Fax 07161/91012-8

Veranstaltungskalender**Zeitzeugen im Gespräch**

6. Februar 1997, 9.45 – 16.30 Uhr, *Ländliche HVHS 74638 Waldenburg-Hohebuch*

„Zeitzeugen“ der jüngsten agrarpolitischen Geschichte hat das Evangelische Bauernwerk in Württemberg eingeladen, um über die aktuellen Fragen mit Vertretern der derzeitigen jüngeren Landwirtschaftsgeneration zu erörtern. Mit dabei sind Ignaz Kiechle (Bundesminister a.D.), Dr. Ernst Löthe (Landwirtschaftsminister a.D. aus Blauffelden), Prof. Günther Weinschenckh (Uni Hohenheim), Wolfgang Willmann (früherer Leiter des SDR-Landfunk Stuttgart) sowie vier junge Landwirtinnen.

Info: Ev. Bauernwerk in Württemberg,
☎ 07942-107-70, Fax: -77

7. Bäuerinnentag

So., 16. Februar 1997, *EJL-Bungalow in Bielefeld-Bethel*

„Trotz aller guter Absichten – leben in typischen Rollen!“ ist der Titel der Tagung. „Ganz bestimmt werde ich's anders machen: Meine Tochter soll auch mit schnellen Autos spielen und mein Sohn bekommt niedliche Puppen.“ „Ich schau in den Spiegel und sehe meine Mutter!“
Info: Ländl. Jugend-, Sozial u. Bildungsarbeit der EKvW, Quellenhofweg 129, 33617 Bielefeld, ☎ 0521-140342, Fax: -150621

Entwicklungen in der ökologischen Geflügelhaltung

18. – 20. Februar 1997, *Schleswig, Seminar von Bioland und Ökoring S-H*

Bei der Geflügelhaltung im ökol. Landbau existieren auf vielen Betrieben „Optimierungsreserven“, da diese Erzeugungsrichtung erst in jüngerer Zeit in größerem Umfang betrieben wird. Produktionstechnische Probleme treten mancherorts besonders durch Verhaltensstörungen wie Federpicken auf. Auch die Junghenenerzeugung ist noch am Beginn ihrer Entwicklung. Das Seminar soll Lösungsansätze aufzeigen und den Erfahrungsaustausch verstärken.
Info: Ökoring S-H, Kieler Str. 26, 24582 Bordeshoim, ☎ 04322-4669, Fax: -759445

Vermarktung umweltgerecht erzeugter Lebensmittel

18. – 19. Febr. 1997, *(Kreishaus) Ludwigsburg*
Die bundesweite Fachtagung zeigt auf, daß Landwirtschaft, Natur- u. Umweltschutz sowie der Absatzmarkt mehr als bisher vernetzt betrachtet werden müssen. So werden verschiedene erprobte und neu entwickelte Projektansätze zur Erhaltung der vielfältigen Kulturlandschaften vorgestellt. Die Chancen und Risiken der Produktvermarktung und -verarbeitung aus extensiver und ökologischer Landnutzung werden anhand von Beispielen aus verschiedenen Regionen des In- und Auslands diskutiert. Zugleich zeigt die Tagung auf, welche Wege zum Aufbau überregionaler Strukturen und Geschäftsbeziehungen zwischen Erzeugergemeinschaften und des regionalen Handels notwendig sind.
Anmeldung bis 10.2.: Akademie f. Natur- u. Umweltschutz, Pf 103439, 70029 Stuttgart, ☎ 0711-126-2816, Fax: 2237668

Wirtschaft von unten

21. – 23. Februar 1997, *Fachhochschule Postdam, Fr.-Ebert-Str. 4*

Das Kapital, das sich immer stärker konzentriert und Arbeitsplätze vernichtet,

Milchtagung Hardehausen 97

am 3. März 1997, 9.00 – 17.00 Uhr, in der
Heimvolkshochschule Hardehausen
(bei Warburg, Ostwestfalen)

Die Milchtagung '97 von AbL, KLJB und AG Ländliche Entwicklung Gh-Kassel hat wie immer zwei Schwerpunkte: **Debatte milchpolitischer Themen und Beispiele konkreter Handlungsmöglichkeiten für den einzelnen Hof.**

Programm:

- 9.00 Uhr Eröffnung, Begrüßung
9.10 Uhr Onno Poppinga / Martin Hofstätter, Gh-Kassel: Rückblick auf die Themen der vergangenen Tagungen: was ist aus den Projekten geworden?
9.30 Uhr Hermann Frimmelmann, Bauer, stellvert. Vors. des Bundesverbandsmilkverbands: „Direktvermarktung von Trinkmilch“
10.30 Uhr **Podiumsdiskussion:** „Milchpreis, Quoten, Molkereileiten“
Leitung: Josef Jacobi, Bauer, Aufsichtsratsvorsitzender der Upländer Bauernmolkerei,
Teilnehmer: F.W. Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender, stellv. Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments, K.F. Osenberg, Bauer, AbL-Bundesvorstandsmitglied, Arnold Weßling, Bauer, Sprecher des Milchsausschusses des Westf.-Lippischen Landwirtschaftsverbandes, Reinhard Schneemann, Leiter der Landwirtschaftskammer-Außenstelle Göttingen
14.00 Uhr A. Kramer, Bauer, Züchter von „Athene“, der Kuh mit der weltweit höchsten Milchleistung: „Die Zucht des Altheutschen Schwarzbunten Niederungsrindes“
15.00 Uhr Christian Krutzinna, Gh-Kassel: „Alternativen zu gentechnisch veränderten Futtermitteln: Futterversorgung von Milchkühen mit betriebseigenen Futtermitteln“

übergeht die Bedürfnisse der Menschen. Wachsende Teile der Bevölkerung werden ausgegrenzt. Selbsthilfe und Kooperation werden zur Überlebensfrage. Der Kongress soll eine kritische Bestandsaufnahme, ein gemeinsames Nachdenken über Gelingen und Scheitern von Projekten fördern.

Info: Europäisches Bürgerforum, Lydia Spoo, Gretchenstr. 36, 30161 Hannover, Fax: 0511-3480364

BIO FACH 97

27. Febr. – 2. März '97 in Frankfurt

Die weltweit größte Fachmesse für Naturkost und Naturwaren öffnet wieder ihre Tore – auf dem Frankfurter Messegelände.

Info: bioFach Magazin, Schulstr. 10, 74927 Eschelbrunn, ☎ 06226-4351, Fax: -40047

2. Biorohstoff HANF

27. Februar – 2. März 1997 im Rahmen der BIO FACH 97

Das nova-Institut veranstaltet dieses technisch-wissenschaftliche Symposium im Rahmen der BIO FACH 97 in der Frankfurter Messe. 27.2.: Eröffnung und Statusreports aus ausgewählten Ländern. 28.2.: Die Hanfpflanze – Züchtung, Anbau und Ernte. 1.3.: Die Hanffaser – Faseraufschluß und Produktlinien. 2.2.: Hanfsamen und -öl, Schäben und Cannabinoide.
Info: nova-Institut, Thielstr. 35, 50354 Hürth, ☎ 02233-978370, Fax: -978369

Regionale Vermarktung von Bio-Produkten

28. Februar – 1. März 1997, *Wasserschloß Mitwitz, Oberfranken*

Wie Regionalität funktionieren kann, welche Möglichkeiten und Chancen sie

für Erzeuger, Verbraucher und Weiterarbeiter bietet, soll diskutiert werden.

Info: Ökol. Bildungsstätte Oberfranken, Wasserschloß Mitwitz, Unteres Schloß, 96268 Mitwitz, ☎ 09266-8252, Fax: -6443

Käsekurs für Fortgeschrittene

26. – 28. Februar 1997, *Hofkäserei Altenschlirf, 36358 Herbstein*

Friskäse und Milchzeugnisse – Handwerklich hergestellt.

Verband für handwerkliche Milchverarbeitung im ökologischen Landbau e.V., Hohenbercha 13, 85402 Kranzberg, ☎ 08166-684218, Fax: -6274

Käsekurs für Anfänger

18. – 21. März 1997, *Hofkäserei Altenschlirf, 36358 Herbstein*

Einführung in die hofeigene Milchverarbeitung.

Verband für handwerkliche Milchverarbeitung im ökologischen Landbau e.V., Hohenbercha 13, 85402 Kranzberg, ☎ 08166-684218, Fax: -6274

Tierschutz vor Gericht

7. – 9. März 1997, *Ev. Akademie Bad Boll*

Tiere können sich gegen Mißhandlungen meistens nicht wehren und brauchen Hilfe. So liegt der Versuch nahe, Tierschutz auch mit „gerichtlichen“ Mitteln durchzusetzen. Hier und da gibt es ermutigende Erfahrungen einer guten Zusammenarbeit zwischen Tiermedizin, Polizei, Rechtspflege, Tierschutzverbänden und Medien. Oft genug jedoch führen ungenügende Rechtskenntnisse zu resignativen „Niederlagen“ vor Gericht. Das Seminar will hier Hilfen bieten.

Info: Ev. Akademie, z.Hd. Frau Pfeiffer, ☎ 07164-79210



Das ist der Gipfel, besser die Gipfel, die die Gäste des Ortes Ftan im schweizerischen Engadin genießen können, wenn sie, ja wenn sie an der Werbeaktion der AbL teilgenommen haben und dann auch noch das große Glück hatten, im November diesen Jahres aus dem Topf mit Urlaubshungrigen gezogen zu werden. Hintergrund und Bedingungen der Werbekampagne haben wir in der letzten Bauernstimme geschildert. Und welche Verbindung ließe sich jetzt noch zwischen AbL und der Schweiz bzw. dem Engadin ziehen: Schweizer sagen von sich, sie seien geprägt vom Weiler, vom Städtchen, vom Dorf, vom Kleinen; die Helvetier (einer der Stämme, auf die die Schweiz zurückgeht) waren kämpferische unternehmungslustige Gesellen; die Schweiz wurde bei der Verteilung von (Boden-) Schätzen kaum berücksichtigt ... Apropos Berücksichtigung: Im Rezept für die Engadiner Nusstorte mußte 1/4 Liter Rahm beigefügt werden und nicht ein Liter. Wir hoffen, es war trotzdem ein Genuß.

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Winderatt, 24966 Sörup, ☎ 04635/2745, Fax: 04635/1299
Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679
Schleswig: Detlef Schmidt, ☎ 04627/1045
Flensburg: Heinr Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 26937 Stadland 3, Seefelder Außendeich 26, ☎ 04734/577
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Hans-Martin Clobes, ☎ 05504/432

Nordrhein-Westfalen

Landesverband Westfalen: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax 05242/47838
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorf, ☎ 02307/62281, Christian Geue, ☎ 02381/401334
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Dorothea Hesse, ☎ 05275/8240
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Laubacherweg 2, 55471 Neuerkirch ☎ 06761/13558, Fax: 06761/13568
Regionalverband Eifel: Bitburger Str. 2, 54636 Niederweiler
Eifel: Alfred Hauer, ☎ 06569/7284
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Johanniter Str. 39, 78333 Stockack, ☎ 07775/7337
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Dieter Kolb, ☎ 07947/7789
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/91910
Oberschwaben: Erika Laux, ☎ 07572/3325
Schwarzwald-Baar: Edgar Schmieder, ☎ 07724/1609
Neckar-Odenwald-Kreis: Meinrat Rödel, ☎ 06281/1665
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07852/1882

Bayern

Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Bayerisches Oberland: Hans Pischeltzrieder ☎ 08178/5478; Franz-Josef Grenzebach, ☎ 08809/603
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Bogen (Bayerischer Wald): Hermann Ettl, ☎ 09963/1590; Martin Wiethaler, ☎ 09967/9697
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480

Studentengruppen

Hohenheim: Steffi Graf, Reginenstr. 25, 70597 Stuttgart-Degerloch
Bonn: Thomas Kalbhenn, Weierstr. 36, 50534 Hürth, ☎ 02233/16193
TUM-Weihenstephan: Ruth Heidecke/Axel Wurth-Heidecke, Vöttinger Str. 49-123, 85354 Freising/WHST. ☎ 08161/7896 Fax 08161/713105

Geschäftsführer: Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

WFD/AbL-Inlandprojekt: Karin Hammerschmidt, Winderatt, 24966 Sörup, ☎ 04635/2745, Fax 04635/1299

AgrarBündnis e.V., GF: Lipschitzstr. 22, 53121 Bonn, ☎ 0228/624966, Fax 0228/797655

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue Stevin 115, B-1040 Brüssel, ☎ 00322/2300776, Fax 00322/2300348

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax: 05242/47838

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

Ich werde Mitglied in der 

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte Mitglied in der AbL werden
- Ich möchte den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,- zahlen
- Ich beziehe den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von DM 200,-
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von DM 200,-, DM 250,- oder DM _____ zu zahlen.
- Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von DM 50,- (Nachweis füge ich bei)
- Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstutzer/in einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,-

Mitgliedsadresse:

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ, Ort _____

- Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:**
- Nach Erhalt der Rechnung
 - Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (Dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-)
 - Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme
 - ja nein
 - Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen)

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet. Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift _____ Datum _____ Beruf _____

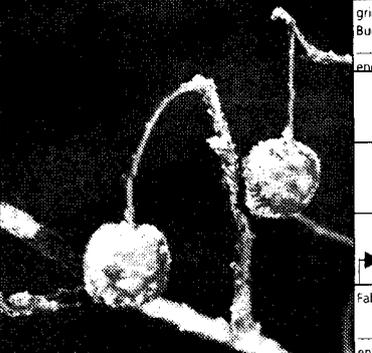
Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Friedhelm Stodieck, Ulrich Jasper: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Teil. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** DM 60,- jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adreßänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: StadtBlatt Verlags GmbH, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 D 12858 E.

Einbringen einer Nutzpfl.	▼	▼	Größe, Ausdehnung	▼	Lache, feuchte Bodenstelle	Wacholderbranntwein	▼	alle Abk. ev. Kirchengesangsbuch	▼	Abk. knock out
	▶							Kennz. Osnabrück	▶	Schreiheding
Fast Food			nicht getaufte chem. Z. f. Quecksilber	▶				Betrug	▼	männl. Vorname
	▶				chem. z. f. Neon			lat. ich	▶	
Stab in Erde						Schnellzug				
himml. Wesen	▶									
	▶		Kloster					griech. Buchstabe	▶	
übermäßig			krebserz. Mineralfaser	▼				engl. Gesetz	▼	Abk. Brot-einheiten
	▶									Öffnung, Zutritt
Stock, Stange										
	▶									
Zeitung-initialien Apfelsorte	▼							Fabrik		studierter Kollege
	▶				Kniff, Finte			engl. es		
	▶				Substitut		schwarzer Läufer lat. heilig Klang			Abk. unter anderen
dickflüssige Nahrung			vorher erschlagen	▶						
Ton < F	▶		Schwur	▼						Adler in der Sage
	▶									
männl. Ente			Rückennerv	▶						griech. Buchstabe
astronom. Einheit	▼		Hauptstadt des Senegal	▶						dort
	▶		Tierprodukt	▼						
			Abk. Newton		Sichtverschluß	▶			engl. zu	
halb zweifach	▶						erster Pomologe	▶		



Sie sehen nichts, es ist bitter kalt und Sie sind draußen. Da ahnen Sie etwas, aber hören nichts. Später ertönt ein Quiwick oder es schreit etwas wie ein gestochenes Ferkel. Na? Klar, wieder haben die Ornithologen das Rennen, oder die, die Löcher in den Wänden haben. Natürlich nicht irgendwelche. Also noch mal: es ist dunkel, Winter und Sie stehen im Garten. Da fliegt ein Vogel vorbei und sucht die Öffnung zum segensprechenden Innenraum: Tatort „Bauernhof“ aus anderer Perspektive. Was die da drinnen suchen? Tiere, kleine Nager, denn die kommen draußen unter dem schützenden Schnee nicht mehr hervor. Und dann haben eben die das Nachsehen, die über'm Schnee bleiben. Das wiederum will sich der Landesbund für Vogelschutz in Bayern nicht länger ansehen und fordert in einer Pressemitteilung alle Bauernhof-Besitzer dazu auf, ihre Scheunen zu öffnen, damit die Nachtflieger Jagd auf Mäuse und Ratten machen können, um so den Winter zu überstehen. Und während die Bauern alles daran setzen, Väterchen Frost von Wasserleitungen, Rüben und Kartoffeln fernzuhalten, ist für die einen die Frage, ob Käuzchen und Schleiereule noch ein Eulenloch finden, für die anderen aber stellt sich des Rätsels Lösung:

Das Lösungswort:
Auch gern gefressenes Frostschutzmittel:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

UNABHÄNGIGE
Bauernstimme: deckt Rätsel auf

- Zutreffendes bitte ankreuzen
- Ich möchte die UNABHÄNGIGE BAUERNSTIMME abonnieren (DM 60,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, Arbeitslose, Schüler und Studenten der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.
 - Ich möchte die UNABHÄNGIGE BAUERNSTIMME zum Preis von DM 30,- bzw. DM 60,- für 6 oder 12 Monate verschenken.

Zustelladresse	Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers oder Adresse der Werberin
Name, Vorname	Name, Vorname
Straße	Straße
PLZ, Ort	PLZ, Ort

- Zahlungsweise des Zeitungsabos: 2/97
- Nach Erhalt der Rechnung
 - Mit beiliegendem Scheck (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-)
 - Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr	BLZ	Bank
Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.		
Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.		
Widerrufsrecht: Ich weiß, daß ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angaben von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.		
Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten	Datum	Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)		
Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Marienfelder Straße 14 oder FAX 05242 -47838		